

GESCHÄFTSBERICHT
2011

Berichte aus Bremen



Die Sparkasse Bremen
Finanzdienstleistung



DIE SPARKASSE BREMEN AG

GESCHÄFTSBERICHT 2011

RECHTSSTELLUNG/SITZ

Die Sparkasse Bremen AG ist eine gemeinwohlorientierte Freie Sparkasse in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft mit Sitz in Bremen. Sie ist eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht Bremen unter der Nummer HRB 21770.

GESCHÄFTSBERICHT 2011

04	EDITORIAL
06	CORPORATE GOVERNANCE BERICHT
08	Entsprechenserklärung
09	ORGANE BEIRÄTE UNTERNEHMENSBEREICHE
11	LAGEBERICHT
27	JAHRESABSCHLUSS
28	Jahresbilanz
30	Gewinn-und-Verlust-Rechnung
31	Anhang
46	BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS
47	BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Marktstellung weiter ausgebaut

Die Sparkasse Bremen

Die Sparkasse Bremen blickt in einem von Staatsschuldenkrise geprägten und äußerst schwierigen Marktumfeld auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2011 zurück. Gerade in dieser schwierigen Zeit haben wir uns besonders verantwortungsbewusst den Fragen unserer Kunden offen gestellt.

Bedarfsorientierung und hohe Beratungsqualität zeichnen uns aus und sind Kernbestandteil der Marke »Die Sparkasse Bremen«. Auf diesem Fundament konnten wir in 2011 sowohl im Privatkunden- als auch im Firmenkundengeschäft unsere führenden Marktstellungen in Bremen weiter ausbauen. Durch die laufende, exzellente Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelingt es uns, kontinuierlich die Zufriedenheit und den Nutzen für unsere Kunden zu erhöhen.

DEUTSCHLAND STABILITÄTSANKER IN DER EU

Die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft stand 2011 im Zeichen der Finanz- und Schuldenkrise in den Industriestaaten und hier insbesondere in den Ländern des Euroraums. Gestützt wurde die Konjunktur erneut durch die robuste wirtschaftliche Entwicklung der Schwellenländer China, Indien und Lateinamerikas.

Während große Teile der Eurostaaten, insbesondere im Süden der Union, aufgrund ihrer hohen Staatsverschuldung und ihrer geringeren Wettbewerbsfähigkeit mit stagnierenden bzw. rückläufigen Wirtschaftsleistungen sowie mit politischer und sozialer Instabilität zu kämpfen haben, erreichte in Deutschland das Bruttoinlandsprodukt mit einem Wachstum von 3 % das Vorkrisenniveau von vor 2008. Die Investitionstätigkeit hat in 2011 den Export als Haupttriebfeder des Wachstums der deutschen Wirtschaft abgelöst. Der Aufschwung am Arbeitsmarkt hielt auch in 2011 unverändert an. Mit über 41 Mio. Erwerbstätigen gingen in Deutschland nie zuvor so viele Menschen einer produktiven Arbeit nach. Die Arbeitslosenquote reduzierte sich auf 7,1 %.

Die Wirtschaftsleistung in Bremen folgte diesem positiven Trend und steigerte sich in der ersten Jahreshälfte 2011 um real 4,1 % – konnte aber diesen Verlauf bis Jahresende nicht vollumfänglich halten. Die bremischen Unternehmen zeigten sich im Berichtsjahr investitionsfreudig. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging weiter zurück. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg um etwa 3 %. Treibende Kraft waren die Industrie – mit real zweistelligen Zuwachsraten bei Umsatz und Beschäftigung – sowie die Hafen- und Logistikwirtschaft. Der Gesamtumschlag der bremischen Häfen legte allein bis September um 18 % auf mehr als 60 Mio. t zu.

Für Bremen als Wirtschaftsstandort mit hoher Außenhandelsverflechtung ist die Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise von herausragender Bedeutung. Ein verschärfter Pakt, nationale Schuldenbremsen in allen Eurostaaten, stabilere Finanzmärkte und die bessere Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik sind wichtige zentrale Aufgaben, die zügig angegangen werden müssen. In diesem Spannungsfeld muss Bremen beständig in den Ausbau der Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur investieren, um die zukunftssträchtigen technologischen Spitzencluster aus Wirtschaft und Wissenschaft in der Stadt weiter zu befördern.

In der sich abschwächenden Konjunktur und der weiterhin schwelenden Krise im Euroraum sind die Zeichen für 2012 ungewiss. Prognosen auf Basis verschiedener Szenarien unterstellen, dass es weder zu einer schnellen und überzeugenden Lösung noch zu einer katastrophalen Eskalation der Staatsschuldenkrise kommen wird. Vor diesem Hintergrund wird für Deutschland zumeist ein Wirtschaftswachstum von



Der Vorstand der Sparkasse Bremen AG von links nach rechts: Joachim Döpp, Thomas Fürst, der Vorsitzende Dr. Tim Nesemann und Dr. Heiko Staroßom

0,1 % bis 0,5 % erwartet, d. h., dass die Entwicklung im ersten Halbjahr voraussichtlich stagniert, aber im zweiten Halbjahr etwas an Dynamik gewinnt. Das Profil im Jahresverlauf wäre dann doch leicht günstiger, als es eine auf das Gesamtjahr bezogene Kennzahl heute vermuten lässt.

Die Sparkasse Bremen wird auch zukünftig – in einer sich immer schneller wandelnden und komplexeren Welt – als verlässlicher und kompetenter Partner an der Seite der mittel-

ständischen Unternehmen und Gewerbetreibenden sowie der Bürgerinnen und Bürger unserer Wirtschaftsregion stehen.

Wir danken allen Kunden und Geschäftsfreunden sowie der Finanzholding der Sparkasse in Bremen und deren Mitgliedern für ihre Verbundenheit mit der Sparkasse Bremen und freuen uns auf eine weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Dr. Tim Nesemann

Joachim Döpp

Thomas Fürst

Dr. Heiko Staroßom

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

Corporate Governance steht für eine verantwortungsvolle und auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtete Führung und Kontrolle von Unternehmen. Sie umfasst das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, einschließlich der Unternehmensorganisation, der geschäftspolitischen Grundsätze und Leitlinien sowie der internen und externen Mechanismen zur Kontrolle und Überwachung. Hierzu zählen insbesondere die effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat sowie die Transparenz des Unternehmensgeschehens.

Eine verantwortungsvolle Unternehmensführung ist auch ein wichtiges Anliegen der Die Sparkasse Bremen AG. Sie unterstützt die Ziele des Deutschen Corporate Governance Kodex und hat diesen daher in ihrer Satzung verankert. Gemäß § 5 Abs. (2) ihrer Satzung sind ihre Organe gehalten, den Deutschen Corporate Governance Kodex zu beachten.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex (Fassung: 26. Mai 2010) enthält einerseits Regelungen, die sich auf die Beschreibung der geltenden Gesetzeslage beschränken, andererseits darüber hinaus Empfehlungen (»soll«) und Anregungen (»sollte«). Von diesen Empfehlungen und Anregungen kann nach dem Kodex abgewichen werden.

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG haben in der Aufsichtsratssitzung am 28. November 2011 den Umsetzungsstatus vom 18. November 2010 formal bestätigt. Unverändert gilt, sich seinen Empfehlungen anzuschließen und lediglich davon abzuweichen, sofern und soweit diese für Die Sparkasse Bremen AG strukturell nicht zutreffen, weil es sich bei ihr nicht um eine börsennotierte Aktiengesellschaft handelt bzw. sich sämtliche Aktien in der Hand einer einzigen Aktionärin befinden, der Finanzholding der Sparkasse in Bremen. Seine Anregungen – mit Ausnahme von Kodex-Nr. 3.6 – sollen aufgrund der Aktionärsstruktur der Die Sparkasse Bremen AG sowie aus Vereinfachungsgründen bis auf Weiteres nicht umgesetzt werden.

Die Abweichungen im Einzelnen werden von Vorstand und Aufsichtsrat in der gemeinsamen Entsprechenserklärung nach

§ 161 AktG offengelegt. Der Corporate Governance Bericht einschließlich Entsprechenserklärung wird als Bestandteil des Geschäftsberichtes der Die Sparkasse Bremen AG jährlich auf deren Internetwebsite »www.sparkasse-bremen.de« veröffentlicht und für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren zugänglich gehalten.

DER AUFSICHTSRAT ...

... überwacht die gesamte Geschäftsführung des Vorstandes. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat laufend in dem von dem Gesetz, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegten Umfang zu berichten. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Die Aufgaben, Pflichten und Regularien des Aufsichtsrates sowie die Bildung und Zusammensetzung von Aufsichtsratsausschüssen sind in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat geregelt.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. (1) Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer. Im Berichtsjahr gehörten dem Aufsichtsrat als von der Aktionärin gewählte oder entsandte Mitglieder die Herren Gerhard Harder (Vorsitzender), Bremen, Holger U. Birkigt (bis 25.05.2011), Bremen, Joachim M. Clostermann, Bremen, Alexander Künzel, Bremen, Otto Lamotte, Bremen, Frau Janina Marahrens-Hashagen (ab 25.05.2011), Bremen, und Herr Klaus Ziegler (stellvertretender Vorsitzender), Bremen, an. Als gewählte Arbeitnehmervertreter gehörten die Herren Heiko Oerter, Bremen, Hans-Joachim Schur, Ritterhude, und Volker Stange, Bremen, dem Aufsichtsrat an.

Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstandes an den Aufsichtsrat sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Für eine darüber hinausgehende eigene Informationsordnung sieht der Aufsichtsrat derzeit unverändert keinen Bedarf. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat auf Grundlage der satzungrechtlichen Bestimmungen

einen Präsidialausschuss sowie einen Kreditausschuss gebildet. Über die konkrete Ausschussarbeit im Berichtsjahr informiert der »Bericht des Aufsichtsrates«. Der Aufsichtsrat trat 2011 zu fünf Sitzungen zusammen, um sich unter anderem über die aktuelle Geschäftsentwicklung zu informieren, geschäftspolitische Themen zu diskutieren und über Vorstandsangelegenheiten (einschließlich dem Vergütungssystem) zu beraten. Mittels Quartalsberichten wurde der Aufsichtsrat darüber hinaus zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember durch den Vorstand zeitnah und umfassend über die Erfolgs- und Risikowicklung informiert.

Die Vergütung des Aufsichtsrates ist in der Satzung geregelt und wird durch die Hauptversammlung festgesetzt. Neben dem Ersatz ihrer nachgewiesenen Auslagen erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrates eine angemessene jährliche Vergütung. Eine etwa anfallende Umsatzsteuer wird gesondert vergütet. Die derzeit gültigen Vergütungsregelungen wurden in der Hauptversammlung am 3. Juni 2010 beschlossen. Jedes Mitglied erhält eine jährliche fixe Vergütung. Der Vorsitzende erhält das 3-fache, sein Stellvertreter und die Vorsitzenden der Ausschüsse das 1,5-fache dieses Vergütungsbetrages. Als erfolgsabhängige Komponente wurde für Verlustjahre eine Halbierung der jährlichen Vergütung vereinbart. Darüber hinaus wird je Aufsichtsrats- bzw. Ausschusssitzung ein angemessenes Sitzungsgeld gezahlt. Der Vorsitzende erhält das Doppelte dieses Betrages.

Auf die individualisierte Offenlegung der Vergütung der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates wird verzichtet. Die Gesamtbezüge aller Aufsichtsratsmitglieder sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011 zu entnehmen. Die Zahlung erfolgt jeweils nach Ablauf des Berichtsjahres Anfang Januar des laufenden Geschäftsjahres.

Der Aufsichtsrat befasst sich regelmäßig im Zuge von Neuvorschlägen bzw. der Wiederwahl von Aufsichtsratsmitgliedern mit seiner internen Struktur und Zusammensetzung. Konkret sind Altersgrenzen festgelegt. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat seit Jahren bestrebt, den Anteil von Frauen in Führungspositionen sowie in den Gremien in angemessenem

Umfang zu berücksichtigen und nachhaltig zu steigern. Diese Selbstverpflichtung ist bislang zwar weder in der Satzung der Sparkasse noch den Geschäftsordnungen von Aufsichtsrat und Vorstand schriftlich niedergelegt, gehört aber bereits implizit zur gelebten Unternehmens- und Führungskultur.

In einer formularmäßigen Befragung werden die Mitglieder des Aufsichtsrates einmal jährlich über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt, die aufgrund einer Organfunktion oder Beratungsaufgabe in anderen bzw. für andere Unternehmen entstehen könnten. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

DER VORSTAND ...

... führt als kollegiales Gremium die Geschäfte der Die Sparkasse Bremen AG. Die Rechte und Pflichten der Vorstandsmitglieder ergeben sich aus dem Anstellungsvertrag, der Satzung, der Geschäftsordnung für den Vorstand und den einschlägigen Gesetzen. In der Geschäftsordnung für den Vorstand werden unter anderem die Zusammenarbeit, die Geschäftsverteilung und die allgemeinen Befugnisse des Vorstandes geregelt. Im Berichtsjahr bestand der Vorstand aus vier Mitgliedern, dem Vorsitzenden sowie drei weiteren Mitgliedern des Vorstandes.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrates ist zuständig für die Personalangelegenheiten der Mitglieder des Vorstandes einschließlich der Vorbereitung von Entscheidungen für den Aufsichtsrat über deren Bestellung und deren Abberufung, den Abschluss und die Beendigung von Dienstverträgen, die Regelungen über die Altersversorgung und alle anderen Angelegenheiten, welche nach § 112 AktG in die Zuständigkeit des Aufsichtsrates fallen. Die Aufgaben des Aufsichtsrates nach § 107 Abs. (3) Satz 3 AktG bleiben davon unberührt. Die Zustimmung zur Übernahme von Mandaten der Mitglieder des Vorstandes obliegt ebenfalls dem Präsidialausschuss.

Die Vergütungen für die Mitglieder des Vorstandes setzen sich aus fixen und variablen Bestandteilen zusammen. In seiner Sitzung am 28. November 2011 hat der Aufsichtsrat turnusmäßig über die Struktur und Angemessenheit des Vergütungssystems

und etwaige Anreizsysteme mit Langzeitwirkung für den Vorstand beraten. Die Komponenten und Gewichtungen der variablen Vergütungsbestandteile wurden in Folge dessen angepasst und neu vereinbart. Die erfolgsabhängige Vergütung wird neben dem originären Unternehmensergebnis von der Erreichung entsprechender Langfristziele (Kundennutzen, Produktivität, Risikotragfähigkeit) sowie individuellen, persönlichen Zielen beeinflusst. Als Bemessungsgrundlage dienen die jeweils vereinbarten fixen Bezüge. Die variable Vergütung ist auf 50% der Grundvergütung begrenzt. Darüber hinausgehende variable Vergütungsinstrumente bzw. -programme, z. B. Aktienoptionspläne oder ähnliche Wertpapier orientierte Anreizsysteme, werden nicht angeboten.

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 25. Mai 2011 wird aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung der Die Sparkasse Bremen AG auf eine individualisierte Offenlegung der Gesamtvergütung nebst deren Bestandteilen für jedes Vorstandsmitglied verzichtet. Ein Vergütungsbericht als Bestandteil dieses Corporate Governance Berichtes wird daher nicht erstellt. Die Gesamtbezüge aller Mitglieder des Vorstandes sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011 zu entnehmen.

Einmal jährlich werden die Mitglieder des Vorstandes in einer formularmäßigen Befragung über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

ENTSPRECHENSERKLÄRUNG 2011

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG erklären entsprechend § 161 AktG:

1. Die Sparkasse Bremen AG hat den Empfehlungen der »Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex« in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit folgenden Ausnahmen entsprochen:
 - a) Die vom Gesetz für die Hauptversammlung verlangten Berichte und Unterlagen einschließlich des Geschäftsberichts sowie die Tagesordnung der Hauptversammlung der Die Sparkasse Bremen AG werden aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht im Internet veröffentlicht (Kodex-Nr. 2.3.1).
 - b) Für eine Mitteilung der Einberufung der Hauptversammlung der Die Sparkasse Bremen AG und eine Übermittlung der Einberufungsunterlagen an in- und ausländische Finanzdienstleister, Aktionäre und Aktionärsvereinigungen besteht aufgrund ihrer Aktionärsstruktur kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 2.3.2).
 - c) Eine Erleichterung der persönlichen Wahrnehmung von Aktionärsrechten, eine Unterstützung der Aktionäre bei der Stimmrechtsvertretung und die Bestellung eines Vertreters für die weisungsgebundene Stimmrechtsausübung der Aktionäre der Die Sparkasse Bremen AG sind aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht erforderlich (Kodex-Nr. 2.3.3).
 - d) Auf die Bildung eines Nominierungsausschusses wird vom Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG aufgrund der Aktionärsstruktur verzichtet (Kodex-Nr. 5.3.3).
 - e) Angaben zur Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder der Die Sparkasse Bremen AG werden aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung weder im Corporate Governance Bericht noch im Anhang des Jahresabschlusses individualisiert offengelegt (Kodex-Nr. 5.4.6).
 - f) Die unverzügliche Veröffentlichung von Insiderinformationen durch den Vorstand, die Die Sparkasse Bremen AG betreffen, ist aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht erforderlich (Kodex-Nr. 6.1).

- g) Für eine unverzügliche Information der Finanzholding der Sparkasse in Bremen als einziger Aktionärin über sämtliche neuen Tatsachen, die Die Sparkasse Bremen AG Finanzanalysen und vergleichbaren Adressaten mitgeteilt hat, besteht aufgrund ihrer Aktionärsstruktur kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 6.3).
- h) Die Sparkasse Bremen AG veröffentlicht mit Blick auf ihre Unternehmensstruktur, ihre regionale Geschäftsstrategie und die Nicht-Börsennotierung keine Informationen aufgrund kapitalmarktrechtlicher Vorschriften im Ausland, die auch im Inland bekannt gemacht werden könnten (Kodex-Nr. 6.5).
- i) Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit publiziert Die Sparkasse Bremen AG aufgrund ihrer Aktionärsstruktur keinen Finanzterminkalender über wesentliche wiederkehrende Veröffentlichungen (Kodex-Nr. 6.7).
- j) Die Sparkasse Bremen AG stellt aufgrund Ausübung von Wahlrechten gemäß Handelsgesetzbuch keinen Konzernabschluss auf. Nach Auffassung von Aufsichtsrat und Vorstand besteht

aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung kein Umsetzungsbedarf (Kodex-Nr. 7.1.1, 7.1.2 und 7.1.5).

2. Die Sparkasse Bremen AG wird den Empfehlungen der »Regierungskommission des Deutschen Corporate Governance Kodex« in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit den unter 1. a)–j) genannten Ausnahmen entsprechen.

Bremen, 25. April 2012

Der Aufsichtsrat

Gerhard Harder
Vorsitzender des
Aufsichtsrates

Der Vorstand

Dr. Tim Nesemann
Vorsitzender
des Vorstandes

Joachim Döpp
Mitglied
des Vorstandes

ORGANE

AUFSICHTSRAT

Dipl.-Bw. Gerhard Harder, Vorsitzender
Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG

Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler, stv. Vorsitzender
Geschäftsführender Gesellschafter der
NordCap GmbH & Co. KG

Dipl.-Kfm. Holger U. Birkigt (bis 25.05.2011)
Geschäftsführender Gesellschafter der
BIRKIGT INT'L CONSULTING & Media GmbH

Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der
Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Alexander Künzel
Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Otto Lamotte
Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE OILS GmbH

Janina Marahrens-Hashagen (ab 25.05.2011)

Geschäftsführende Gesellschafterin der
H. Marahrens Schilderwerk, Siebdruckerei, Stempel GmbH

Heiko Oerter

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Hans-Joachim Schur

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Volker Stange

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

VORSTAND

Dr. rer. nat. Tim Nesemann

Vorsitzender des Vorstandes

Joachim Döpp

Thomas Fürst

Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

BEIRÄTE

DIREKTION NORD

Hans-Jürgen Busch

Inhaber der Firma Rudolf P. Kuschka
Technischer Großhandel

Lutz Diedrich

Unternehmensberater

Monika Eichner

Rechtsanwältin und Notarin

Karl-Peter Hoffmeyer

Vorsitzender des Vorstandes der
Nehlsen AG

Reiner Kammeyer

Referent Senatskanzlei Bremen

Bernd Meyer

Senator a. D., Verbandsdirektor des
Verbandes der Wohnungswirtschaft in
Niedersachsen und Bremen

Bernd-Claus Meyer

Geschäftsführender Gesellschafter der
PNEUTEX Gesellschaft für pneum.
Foliendachsysteme mbH

Wolfgang Patzelt

Kaufmann

Erik Petersen

Ortsamtsleiter Blumenthal i. R.

Karin Petry

Geschäftsführende Gesellschafterin der
Johanne Meineke Ww GmbH

Christian Stubbe

Mitinhaber der Beerdingungsinstitute
W. Bischoff & Kathmeyer

DIREKTION OST

Marco Bremermann

Geschäftsführender Gesellschafter der
Firmengruppe Müller & Bremermann

Ludwig Cords

Geschäftsführender Gesellschafter der
BHK Tief- und Rohrbau GmbH

Heinz Döhrmann

Landwirt

Marco Fuchs

Vorsitzender des Vorstandes der
OHB Technology AG

Ullrich Höft

Ortsamtsleiter Hemelingen

Frauke Riedemann-Schmitz

Inhaberin des Schuhhauses Riedemann

Ulrich Schlüter

Ortsamtsleiter Osterholz

Prof. Dr. Detlev K. Schrade

Diplom-Ökonom, Steuerberater

Rolf A. Weidelt

Geschäftsführender Gesellschafter der
A. Weidelt Systemtechnik GmbH & Co. KG

Jens Wittrock

Kaufmann

Allen Beiratsmitgliedern danken wir für ihren Rat und ihre Einsatzbereitschaft, mit denen sie die Entwicklung der Sparkasse Bremen in ihren Stadtteilen gefördert und dazu beigetragen haben, die enge Verbindung der Sparkasse zur bremischen Bevölkerung und zur heimischen Wirtschaft zu pflegen.

UNTERNEHMENSBEREICHE

MARKTBEREICH

Direktionen

Detlef Mehrkens, Mitte

Dieter Wolfsdorf, Ost

Michael Feht, Süd

Holger Hintze, Nord

Private Banking

Dr. Dirk Rollenhagen

Immobiliencenter

Thomas Schaumlöffel

Firmenkunden

Ralf Kubitz

Ralf Pfannenschmidt

Internationale Firmenkunden

Prof. Dr. iur. Christoph Graf von Bernstorff

Treasury

Werner Logemann

SERVICEBEREICH

Compliance

Norbert Haak

Facility Management

Dipl. Ing. Jürgen Salmon

Gesamtbanksteuerung

Wolfgang Taden

Kreditmanagement

Rainer Büssenschütt

Organisation und Informationstechnologie

Bernhard Ruschke

Personal und Bildung

Reinhard Lüllmann

Revision

Kester Kleinert

Team Zukunft

Dr. phil. Malte M. Mellmann

Vertriebsmanagement

Dipl. Ing. Holm Diez

Vorstandssekretariat

Thomas Rohwer-Kahlmann

DIE SPARKASSE BREMEN AG

LAGEBERICHT

RAHMENBEDINGUNGEN

ENTWICKLUNG AUF RECHT SOLIDEM PFAD

Bei einem uneinheitlichen weltwirtschaftlichen und einem teilweise dramatischen Bild in den europäischen Nachbarländern erwies sich die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2011 als recht solide.

Die Erholung der Weltwirtschaft setzte sich zu Jahresbeginn – in regional allerdings sehr unterschiedlichem Tempo – zunächst fort. Schwellenländer im insbesondere asiatischen Raum, etwa China oder Indien, die die Rezession ohne größere Blessuren überstanden hatten, zeigten weiterhin hohe Wachstumsraten. Die Industriestaaten hingegen mussten verlorenen Boden erst wieder gutmachen. Japan oder auch Deutschland, die aufgrund ihrer Exportorientierung in der Rezession hohe Einbußen zu verkraften hatten, holten dabei am schnellsten auf. Im Falle Japans wurde diese Entwicklung jedoch im Frühjahr 2011 durch die Kombination von Naturkatastrophen und deren Folgen jäh unterbrochen. Die USA erreichten real lediglich ein Wachstum von etwa 1,7 % und auch das nur dank starker wirtschaftspolitischer Stützung. Die Krisenstaaten im Euroraum litten neben mangelnder Wettbewerbsfähigkeit unter ihrer hohen Staatsverschuldung und aufkommenden Zweifeln an deren Tragfähigkeit, allen voran Griechenland, das sich in einem Kreislauf aus Rezession, steigendem Einsparbedarf und dennoch weiter steigender Schulden befindet. Die Signale aus Portugal und vor allem Irland sind dagegen positiv, die aus Italien deuten einen immerhin beherrschbar scheinenden Korrekturbedarf des laufenden Defizits an.

Nachdem Deutschland in den beiden vorangegangenen Jahren noch den Grenzwert des Maastricht-Vertrages von 3 % überschritten hatte, konnte es 2011 das staatliche Finanzierungsdefizit aufgrund der relativ guten konjunkturellen Entwicklung auf etwa 1,0 % des BIP zurückführen. Das BIP erreichte im Frühjahr 2011 das Vorkrisenniveau, überschritt es anschließend sogar leicht. Erst im weiteren Jahresverlauf, insbesondere im vierten Quartal, flachte die Entwicklung dann deutlich ab, so dass die Zunahme des BIP nach Einschätzung des Statistischen Bundesamtes bundesweit bei insgesamt 3,0 % gelegen haben dürfte. Die Kapazitätsauslastung normalisierte sich, so dass Anlass bestand, wieder in den Erhalt und die Erweiterung von Produktionskapazitäten zu investieren. Die teilweise sehr dynamische Investitionstätigkeit hat 2011 den Export als die treibende Kraft der deutschen Wirtschaft abgelöst. Der Export entwickelte sich mit einem Zuwachs um real 8,2 % zwar ebenfalls gut, doch zugleich legten auch die Importe um 7,2 % deutlich zu, so dass der Außenbeitrag nur noch moderat wuchs. Der private Konsum stieg um real 1,5 % und blieb damit hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung etwas zurück – erfreulich immerhin, dass sich der private Konsum nach Jahren der Stagnation überhaupt leicht belebte. Die wieder gestiegene durchschnittliche Arbeitszeit, die bei einer auf 7,1 % abermals verringerten Arbeitslosenquote gute Beschäftigungslage sowie damit einhergehend mehr Arbeitsplatzsicherheit und

höhere Einkommen dürften dazu beigetragen haben. Die im Jahresverlauf einsetzende Verlangsamung der konjunkturellen Entwicklung ist auch das Ergebnis der zunehmenden Verunsicherung infolge der Staatsschuldenkrise, seit spätestens im Sommer offenbar wurde, dass Griechenland trotz weiterer Hilfspakete nicht nachhaltig zu finanzieren ist. Befürchtungen, dass Staatsanleihen ausfallen könnten und ein erneuter Rekapitalisierungsbedarf von Kreditinstituten entsteht, führten Mitte 2011 schließlich zu Kursverlusten vor allem von Bankwerten und in der Folge zum Einbruch der Aktienmärkte. Die Lage erinnerte stark an den Beginn der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise drei Jahre zuvor. Liquidität wurde wieder bei der Europäischen Zentralbank geparkt.

In der sich abschwächenden Konjunktur und der weiterhin schwelenden Krise im Euroraum sind die Zeichen für 2012 ungewiss. Prognosen auf Basis verschiedener Szenarien unterstellen, dass es weder zu einer schnellen und überzeugenden Lösung noch zu einer katastrophalen Eskalation der Staatsschuldenkrise kommen wird. Vor diesem Hintergrund wird für Deutschland zumeist ein Wirtschaftswachstum von 0,1 % bis 0,5 % erwartet, d. h., dass die Entwicklung im ersten Halbjahr voraussichtlich stagniert, aber im zweiten Halbjahr etwas an Dynamik gewinnt. Das Profil im Jahresverlauf wäre dann doch leicht günstiger, als es eine auf das Gesamtjahr bezogene Kennzahl heute vermuten lässt.

Vergleichbar verlief die konjunkturelle Entwicklung in Bremen bzw. sind auch die Erwartungen für die bremische Konjunktur. Die zu Jahresbeginn gestiegene Wirtschaftsleistung – im Frühjahr um immerhin real 4,1 % – konnte im weiteren Jahresverlauf nicht mehr gehalten werden. Insgesamt zeigten sich aber auch die bremischen Unternehmen investitionsfreudig. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging weiter zurück. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg um etwa 3 %. Treibende Kraft waren die Industrie mit real zweistelligen Zuwachsraten bei Umsatz und Beschäftigung sowie die Hafen- und Logistikwirtschaft. Der Gesamtumschlag der bremischen Häfen legte allein bis September um 18 % auf mehr als 60 Mio. t zu, der Automobilumschlag um rund 30 % auf etwa den Stand des Rekordjahres 2008. Einzelhandel und Baubranche verzeichneten eine immerhin befriedigende Entwicklung. Sowohl der Wirtschafts- als auch der Wohnungsbau profitierten vom niedrigen Zinsniveau; die energetische Sanierung sorgte weiterhin für Impulse im Ausbaugewerbe. Für Bremen als Wirtschaftsstandort mit hoher Außenhandelsverflechtung ist die Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise von herausragender Bedeutung. Ein verschärfter Pakt, nationale Schuldenbremsen in allen Eurostaaten, stabilere Finanzmärkte und die bessere Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik sind wichtige zentrale Aufgaben, die zügig angegangen werden müssen.

HOHE MARKTSTELLUNG WEITER AUSGEBAUT

Die Sparkasse Bremen weist sowohl im Privatkunden- als auch im Firmenkundengeschäft mit Abstand beste Marktstellungen in Bremen auf. Trotz ihrer Marktführerschaft ist es wiederum gelungen, die ohnehin gute Marktstellung noch weiter auszubauen – im Privatkundengeschäft, etwas deutlicher noch im Firmenkundengeschäft. Basis dafür ist zum einen unser bereits 2011 weitgehend abgeschlossenes Projekt, mit dem wir die Vertriebsstruktur konsequent auf die Bedürfnisse unserer Kunden ausrichten, zum anderen unsere hohe Beratungsqualität. FOCUS MONEY zeichnete uns im »CityContest 2011« be-

reits zum dritten Mal in Folge als »Sieger Bankentest Bremen« aus. Hier wie in weiteren 250 Städten hatten Testkäufer jeweils mehrere Geldinstitute besucht, um – unerkannt – Fachkenntnis und Beratungskompetenz vor Ort auf Herz und Nieren zu prüfen. Die Auszeichnung bestätigt erneut, dass die Sparkasse Bremen durch exzellente Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie einen ganzheitlichen und bedürfnisorientierten Beratungsansatz eine überdurchschnittliche Beratungskompetenz aufweist. Die Auszeichnung bedeutet Lob und Anerkennung auch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

Interne Projekte, die Optimierung unserer Führung und die verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind Beispiele für Investitionen in die Zukunft der Sparkasse Bremen. Prozesse aus dem Bereich Marktservice wurden 2011 weiter standardisiert und an die technischen Möglichkeiten der IT-Systeme der Finanz Informatik GmbH & Co. KG angepasst. Ein vergleichbares Projekt

ist für den Bereich Kreditservice vorgesehen. Mit der laufenden Optimierung von Führung und der laufenden Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wollen wir erreichen, dass sich die Sparkasse Bremen auch künftig als attraktiver Arbeitgeber erweist – für die heute bei uns beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie für neue Bewerberinnen und Bewerber.

GESCHÄFTSVERLAUF BILANZSUMME LEICHT RÜCKLÄUFIG

Als Folge der verstärkten europäischen Staatsschuldenkrise sowie der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre war auch das Jahr 2011 durch eine angespannte wirtschaftliche Gesamtsituation gekennzeichnet. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung setzte jedoch ihre im Vorjahr begonnene konjunkturelle Erholung fort. Neue gesetzliche Anforderungen, umzusetzende Maßnahmen des Verbraucherschutzes, hoher Wettbewerbsdruck und einbrechende Finanzmärkte in der zweiten Jahreshälfte belasteten die Geschäftstätigkeit der Sparkasse Bremen spürbar. Vor dem Hintergrund dieses weiterhin schwierigen Marktumfeldes konnte die Sparkasse Bremen mit bedarfsorientierten Dienst-

leistungen und attraktiven Produkten überzeugen und blickt auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr zurück.

Die Bilanzsumme verringerte sich um 0,6 % auf 10,5 Mrd. €.

Im Stichtagsvergleich erhöhten sich aktivseitig die Bestände der Forderungen an Kunden sowie der Forderungen an Kreditinstitute. Dagegen reduzierte sich der Wertpapierbestand.

Diese Entwicklung korrespondiert in der Stichtagsbetrachtung auf der Passivseite insbesondere mit einer Erhöhung des Kundeneinlagenbestandes. Dagegen verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Zu den Entwicklungen im Einzelnen:

KREDITGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2011	2010	2009	2008	2007
Forderungen an Kunden	8.322,9	8.166,2	8.099,1	8.077,4	7.770,1
davon:					
Wechsel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kurz-, mittel- und langfristige Kundenforderungen	7.836,6	7.703,9	7.626,3	7.578,9	7.317,0
davon:					
Erworbene Schuldscheine	75,7	103,3	77,1	229,5	151,7
Treuhandkredite	17,7	18,6	18,1	18,4	18,8
Avale und Indossamentsverbindlichkeiten	467,8	442,9	454,7	480,1	434,3
Forderungen an Kreditinstitute	1.197,1	890,6	1.064,2	1.648,7	1.955,5

Die Gesamtforderungen an Kunden (einschließlich erworbener Schuldscheine, Treuhandkredite, Avale und Indossamentsverbindlichkeiten) lagen am 31. Dezember 2011 bei 8,3 Mrd. € und damit erneut über Vorjahresniveau.

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS MIT FIRMEN- UND PRIVATKUNDEN (IN MIO. €)

	2011	2010	2009	2008	2007
Firmenkunden*)	5.298,1	5.175,0	5.038,5	4.838,7	4.634,2
Privatkunden*)	2.597,5	2.582,6	2.601,9	2.631,1	2.699,7

* auf Basis der aufsichtsrechtlichen Meldedaten

Das Kreditgeschäft mit Firmenkunden lag mit 5,3 Mrd. € erneut über Vorjahresniveau. Während im Wohnungsbaukreditgeschäft gegenüber dem Vorjahr erneut ein Rückgang zu verzeichnen war, wurde dieser durch weitere Zuwächse im sonstigen Darlehensgeschäft kompensiert. Diese Bestandsentwicklung im Firmenkundengeschäft ist für die Sparkasse Bremen vor dem Hintergrund des gegenwärtig starken Wettbewerbs um bonitätsstarke Firmenkunden ein hervorragendes Ergebnis.

Die Kredite an Privatkunden bewegten sich mit 2,6 Mrd. € leicht über Vorjahresniveau. Ursächlich für die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen die positive

Entwicklung im privaten Wohnungsbaukreditgeschäft, nicht zuletzt auch infolge der kundennahen Etablierung des Immobiliencenters. Gegenläufig wirkte im sonstigen Darlehensgeschäft der als Gemeinschaftsprodukt der Sparkassenorganisation vermittelte S-Privatkredit, der mit einer Verschiebung von Bestands- zu Provisionsgeschäft einhergeht.

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich stichtagsbezogen um 34,4 % auf 1,2 Mrd. €. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der unterjährigen Reduzierung der Wertpapierbestände und der hierdurch freigesetzten Liquidität.

EINLAGENGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES EINLAGENGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2011	2010	2009	2008	2007
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieftete Verbindlichkeiten	6.927,6	6.787,1	7.282,5	7.173,5	7.335,9
davon:					
Spareinlagen	2.884,3	2.967,3	3.139,8	3.314,9	3.674,2
Sparkassenbriefe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schuldverschreibungen	419,7	451,8	382,2	475,3	441,6
Täglich fällige Einlagen	2.650,1	2.476,9	2.873,7	2.095,3	2.168,2
Befristete Einlagen	973,5	891,1	886,8	1.288,0	1.051,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.622,4	2.844,6	2.541,5	2.599,2	2.924,4

Die Summe aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieften Verbindlichkeiten erhöhte sich zum Jahresende um 2,1 % auf 6,9 Mrd. €.

Während sich die Bestände an Spareinlagen gegenüber dem Vorjahr weiter rückläufig entwickelten, verzeichnete der Bestand an befristeten Einlagen stichtagsbezogen eine positive Entwicklung und erhöhte sich deutlich. Darüber hinaus erhöhte sich nach Vorjahresrückgang ebenfalls der Bestand an täglich fälligen Einlagen und befindet sich im Mehrjahresvergleich weiterhin auf hohem Niveau.

Insbesondere die Bestandsentwicklung bei den Tages- und Termingeldern verlief positiver als von uns prognostiziert. Inge-

samt sehen wir diese Bestandsentwicklungen im Einlagengeschäft weiterhin im Wesentlichen als Folge des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und der daraus resultierenden grundsätzlichen Zurückhaltung gegenüber langfristig ausgerichteten Anlageformen.

Die im Stichtagsvergleich zwar rückläufige, aber dennoch weiter gute Entwicklung bei den von der Sparkasse Bremen emittierten Inhaberschuldverschreibungen sehen wir weiterhin als Beleg für das große Interesse an den renditestarken Schuldverschreibungen der Sparkasse, die einen guten Einstieg in die Anlage festverzinslicher Wertpapiere erstklassiger Bonität bieten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich im Berichtsjahr stichtagsbezogen um 7,8 % auf 2,6 Mrd. €.

DIENSTLEISTUNGSGESCHÄFT

Das Provisionsergebnis bleibt weiterhin eine wichtige Ergebniskomponente. Positive Entwicklungen konnten wir insbesondere bei den Provisionen im Giroverkehr und im Darlehensgeschäft verzeichnen. Rückläufig entwickelten sich dagegen die Provisionen insbesondere im Wertpapiergeschäft, aber auch im Versi-

cherungsgeschäft infolge deutlicher Kundenzurückhaltung bei der privaten Vorsorge. Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Rahmenbedingungen erzielten wir mit 55,8 Mio. € einen Provisionsüberschuss auf Vorjahresniveau und damit ein für die Sparkasse Bremen gutes Ergebnis.

ENTWICKLUNG DES WERTPAPIERDIENSTLEISTUNGSGESCHÄFTS (UMSÄTZE IN MIO. €)

	2011	2010	2009	2008	2007
Aktien und Investmentzertifikate	474,8	559,3	630,7	984,8	922,4
Festverzinsliche Wertpapiere	396,1	262,3	376,2	307,8	204,2
Eigenemissionen¹⁾	302,1	244,0	271,3	182,0	162,4

¹⁾ seit 2009 einschließlich Pfandbriefemission

Im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere konnten wir unsere Umsätze gegenüber dem Vorjahr trotz schwieriger Rahmenbedingungen auf den Geld- und Kapitalmärkten erheblich um 51,0 % steigern und damit ein hervorragendes Ergebnis erzielen.

Die seit 2009 erfolgten Emissionen von Pfandbriefen führten bereits in den vergangenen Jahren zu einer deutlichen Zunahme unserer Eigenemissionen. Dieser positive Trend hat sich 2011

noch einmal deutlich verstärkt. Wir konnten unsere Umsätze im Bereich der Eigenemissionen um 23,8 % steigern.

Rückläufige Umsätze mussten wir erneut im Bereich der Aktien und Investmentzertifikate verzeichnen. Diese anhaltende Entwicklung sehen wir als Folge der weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen auf den Geld- und Kapitalmärkten und einer daraus resultierenden grundsätzlichen Kundenzurückhaltung.

EIGENANLAGEN IN WERTPAPIEREN

Das Jahr 2011 war geprägt durch die Ereignisse der europäischen Staatsschuldenkrise, die sich als zunehmende Belastung für die Konjunktur erwies. Nur kurzfristige Auswirkungen auf die europäischen und amerikanischen Märkte hatten das Erdbeben und die Explosion eines Kernkraftwerkes in Japan. Mit Zuversicht auf einen anhaltenden Wirtschaftsaufschwung endete das erste Halbjahr, obwohl die Frühindikatoren bereits eine Wachstumsberuhigung anzeigten.

Das überraschend starke Wachstum in der ersten Jahreshälfte und die temporäre Beruhigung der europäischen Staatsschuldenkrise veranlassten die EZB im April und Juli, den Leitzins um jeweils 25 Basispunkte anzuheben. Diese beiden Erhöhungen wurden im weiteren Jahresverlauf rückgängig gemacht.

Ende Juni eskalierte die europäische Staatsschuldenkrise zur Systemkrise und hat die bisher als sicher geltende Anlageklasse »Euro-Staatsanleihen« in einem neuen Licht erscheinen lassen. Während sich die deutschen Bundesanleihen als sicherer Hafen erwiesen, erlitten die Staatsanleihen der anderen Euro-Länder teilweise drastische Kursverluste. Nachdem Portugal im Mai den Rettungsschirm in Anspruch genommen hatte und für Griechenland im Juli das zweite Hilfspaket beschlossen worden war, rückte Italien immer stärker in den Mittelpunkt der europäischen Staatsschuldenkrise. Mit der Bonitätsherabstufung der USA durch die Rating-Agentur S&P geriet ein weiterer Eckpfeiler des Finanzsystems im August in die Schlagzeilen.

Mit Blick auf die optimistischen Wachstumsprognosen bewegten

sich die Aktienmärkte bis zum Sommer in einer relativ engen Bandbreite. Erst als sich gleichzeitig die europäische Staatsschuldenkrise verschärfte, die Wachstumssorgen in China verstärkten und die konjunkturellen Frühindikatoren aus den USA eintrübten, endete die Seitwärtsbewegung am Aktienmarkt mit einer deutlichen Korrektur von bis zu 30 Prozent. Begleitet von erheblichen Marktschwankungen konnte der deutsche Aktienmarkt jedoch einen Teil der Verluste wieder aufholen. Nachdem der DAX im Mai ein Jahreshoch bei 7.600 Punkten markiert und im September den Tiefststand mit 4.965 Punkten erreicht hatte, beendete er das Jahr 2011 bei 5.898 Punkten. Dieses entspricht einer Wertentwicklung von minus 15 %.

Die Einengung der Spreads bei den Unternehmensanleihen nahmen wir zum Anlass, um – neben anderen Positionen – unsere Bestände in Unternehmensanleihen in den Spezialfonds zum Teil aufzulösen.

Ausgelöst durch teilweise panikartige Kursbewegungen am Aktienmarkt wurden im Sommer zur Risikobegrenzung Aktien und Zertifikate im Anlagebestand und im Eigenhandel veräußert und Verluste bewusst realisiert.

Gegenläufig wurden auf Basis der bestehenden Zinsmeinung Kursgewinne im Anlagebestand Renten realisiert.

Fälligkeiten im Anlagebestand sowie die entstandene Liquidität aus den Verkäufen der Spezialfonds wurden wie im Vorjahr zur Tilgung fälliger Passivmittel genutzt.

BETEILIGUNGEN UND ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Bei einer im Einzelnen differenzierten Entwicklung erhöhte sich unser Beteiligungs- und Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen um insgesamt 21,5 Mio. € auf 236,7 Mio. €.

Zunahmen resultierten im Wesentlichen aus der Übernahme von Aktien an der neuen leben Holding AG, der konzerninternen Übernahme der Beteiligung an der nwf Windpark Ostfriesland Beteiligungs GmbH sowie – saldiert – aus Kapitalabrufen bzw. -rückführungen von Beteiligungen an mehreren Private Equity-Fonds und -Dachfonds. Des Weiteren hat sich die Sparkasse direkt bzw. indirekt an der Deko Erwerbungs-Gesellschaft mbH & Co. KG und der Deko Anteilseigner GmbH beteiligt.

Zu Verringerungen führten u. a. Kapitalrückzahlungen vor

allem der Heptagon Capital Beteiligungsgesellschaft der Freien Sparkassen mbH & Co. KG i. L., daneben der HanseProjekt GmbH und der nordwest finanzvermögensberatung Gesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH. Darüber hinaus erfolgte eine Wertanpassung auf den Beteiligungsansatz der Erwerbungs-Gesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG.

Die Veränderungen im Beteiligungsbereich erfolgten – bei Beachtung unserer Beteiligungsstrategie – sowohl unter strategischen als auch ertragsorientierten Gesichtspunkten. Mit unseren Tochterunternehmen bestehen zumeist Ergebnisabführungsverträge.

SACHINVESTITIONEN

Im Sachaufwand sind weiterhin Investitionen in unsere Zukunftsprojekte enthalten. Mit 97,0 Mio. € zeigt er im Vorjahresvergleich erneut eine rückläufige Tendenz. Diese positive Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus unseren abgeschlossenen und laufenden Aktivitäten zur Kosten- und Prozessoptimierung, die bereits zu nachhaltigen Kosteneffekten führten und in den

Folgejahren weitere spürbare Kostenreduzierungen nach sich ziehen werden. Darüber hinaus spiegeln sich im Sachaufwand die Kosten aus der umfassenden Zusammenarbeit mit unseren Dienstleistern wider, die im Wesentlichen Leistungen im Zusammenhang mit Marktfolgeaktivitäten im Aktiv- und Passivgeschäft sowie im Bereich Finanzen und Controlling betrifft.

PERSONAL- UND SOZIALBEREICH

Zum 31. Dezember 2011 waren bei der Sparkasse Bremen 1.507 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (-1,6 % ggü. Vj.) beschäftigt, was umgerechnet auf Vollzeitkräfte 1.305 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entspricht. Die Zahl der Teilzeitkräfte und Aushilfen beträgt 479. Die Zahl der Auszubildenden liegt mit 101 auf Vorjahresniveau (100). Mit einer Ausbildungsquote von 7,5 % der bankspezifisch Beschäftigten leisteten wir einen erheblichen Beitrag zur Schaffung von Ausbildungsplätzen in Bremen.

Auch 2011 stellten neue oder absehbare gesetzliche Regelungen hohe Anforderungen an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowohl bei der Beratung unserer Kunden als auch im Backoffice-Bereich. Unser Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot in Form von betriebsinternen und externen Seminaren stellt sicher, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Erwartungen erfüllen. Dies spiegelt sich in deren hohem Ausbildungsstand wider: Über 85 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über den Abschluss als Bankkauffrau bzw. Bankkaufmann, davon rund mehr als die Hälfte darüber hinaus über eine weitergehende Qualifikation als Sparkassen-/Bankfachwirt, Sparkassenbetriebswirt (grad.) oder Bankbetriebswirt

sowie rund ein Zehntel über den Abschluss einer Fachhochschule oder Universität.

Unser Vergütungssystem orientiert sich am Tarifvertrag der privaten und öffentlichen Banken und setzt sich strukturell aus festen und variablen Bestandteilen zusammen. Im Hinblick auf die variablen Bestandteile haben wir uns 2011 mit dem Betriebsrat auf ein Erfolgsbeteiligungsmodell verständigt, das sich – einheitlich für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – nach dem Ergebnis der Sparkasse Bremen, ihrer Marktstellung und ihrer Produktivität bemisst. Wir erfüllen die aktuellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen, insbesondere die der seit Oktober 2010 geltenden Institutsvergütungsverordnung.

Bereits 2007 wurden wir als familienfreundlicher Betrieb mit dem Grundzertifikat des Audits »berufundfamilie« der Hertie-Stiftung ausgezeichnet und 2010 rezertifiziert. Mit unseren Anstrengungen für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere in den Bereichen Teilzeitbeschäftigung, Elternzeit und Unterstützung pflegender Angehöriger, sowie einer Vielzahl von Veranstaltungen rund um diesen Themenkomplex, haben wir die Attraktivität der Sparkasse Bremen als Arbeitgeberin auch 2011 weiter erhöht.

VERMÖGENSLAGE

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSITIONEN (IN MIO. €)

	2011	2010	2009	2008	2007
Forderungen an Kreditinstitute	1.197,1	890,6	1.064,2	1.648,7	1.955,5
Forderungen an Kunden	7.836,6	7.703,9	7.626,3	7.578,9	7.317,0
Wertpapiere	918,3	1.402,0	1.616,4	1.081,4	1.343,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.622,4	2.844,6	2.541,5	2.599,2	2.924,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.507,9	6.335,3	6.900,3	6.698,2	6.894,3

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 306,5 Mio. € oder 34,4 %. Damit erhöhte sich auch der Anteil der Forderungen an Kreditinstitute an der Bi-

lanzsumme von 8,4 % auf 11,4 %. Die Forderungen an Kunden erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 132,7 Mio. € oder 1,7 % und tragen mit 74,4 % zur Bilanzsumme bei. Der Bestand

an Wertpapiieranlagen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr erheblich um 483,7 Mio. € oder 34,5 %. Maßgeblich dafür war im Wesentlichen die aufgrund der negativen Kapitalmarktentwicklung in der zweiten Jahreshälfte vorgenommene Reduzierung von Risikopositionen im Wertpapierbestand. Damit verringerte sich auch der Anteil der Wertpapiere an der Bilanzsumme von 13,2 % auf 8,7 %. Die dadurch freigesetzte Liquidität führte zu einer Bestandserhöhung bei den Forderungen an Kreditinstitute und wurde darüber hinaus zur Rückführung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten genutzt. Der Bestand der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerte sich um 222,2 Mio. € oder 7,8 % und trägt mit 24,9 % zur Bilanzsumme bei. Eine gegenläufige Entwicklung verzeichneten die Verbind-

lichkeiten gegenüber Kunden, die sich gegenüber dem Vorjahr um 172,6 Mio. € oder 2,7 % erhöhten. Im Verhältnis zur Bilanzsumme erhöhte sich der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Vergleich zum Vorjahr von 59,7 % auf 61,8 %.

Die Wertpapiere der Direkt- und Fondsanlagen im Anlagevermögen haben wir – im Hinblick auf die gesicherte Rückzahlung – teilweise nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Das Kernkapital der Sparkasse Bremen am 31. Dezember 2011 betrug 556,0 Mio. €. Dies entspricht einer Quote von 7,4 %. Die Eigenmittel beliefen sich auf 761,0 Mio. €. Das daraus abgeleitete Verhältnis der Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva betrug 10,2 % und bildet eine angemessene Ausgangsbasis für die weitere Geschäftsentwicklung.

FINANZLAGE

Unsere bereits in den Vorjahren komfortable Liquiditätslage haben wir auch 2011 bewusst aufrecht erhalten und weiter ausgebaut. Sie ist auch mit Blick auf die folgenden Jahre mehr als ausreichend und stellt darüber hinaus die Erfüllung der neuen gesetzlichen Liquiditätsanforderungen nach Basel III sicher.

Ein wesentlicher Indikator für die kurzfristige Zahlungsbereitschaft ist die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung, die die materielle Liquidität darstellt. Im Durchschnitt lag diese Liquiditätskennzahl wiederum deutlich oberhalb der erforderlichen gesetzlichen Mindestnorm und darüber hinaus 2011 auch deutlich über dem Durchschnittswert des Vorjahres.

Unser laufendes Guthaben bei der Deutschen Bundesbank zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften belief sich im Jahresdurchschnitt auf 107,3 Mio. €.

Die Summe aus Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere betrug zum Bilanzstichtag 1,8 Mrd. €.

Diese komfortable Liquiditätslage sowie unsere umfassenden Maßnahmen zum Management und zur Steuerung der Liquidität stellen auch künftig die Zahlungsbereitschaft und die Erfüllung der sich verschärfenden gesetzlichen Anforderungen sicher.

ERTRAGSLAGE

Die Ergebnisentwicklung der Sparkasse Bremen war auch 2011 beeinflusst durch die weiterhin angespannte wirtschaftliche Gesamtsituation. Im Kundengeschäft führte die anhaltende konjunkturelle Erholung dagegen zu einer erfreulichen Ergebnisentwicklung. Die verstärkte europäische Staatsschuldenkrise, anhaltende Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre und insbesondere die negative Kapitalmarktentwicklung in der zweiten Jahreshälfte belasteten die Geschäftstätigkeit und damit die Ergebnisentwicklung jedoch spürbar. Trotz dieses schwierigen Marktumfeldes erzielte die Sparkasse Bremen ein fast auf Vorjahresniveau liegendes Jahresergebnis.

Der Zinsüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 8,7 % bzw. 20,4 Mio. € auf 252,5 Mio. €. Gerade das Kundengeschäft, insbesondere im Firmenkundenbereich und im Bereich der privaten Wohnungsbaufinanzierungen, hat sich besser als erwartet entwickelt. Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden führte zu einer Erhöhung des Zinsaufwandes gegenüber dem Vorjahr. Während sich die Zinserträge um

22,5 Mio. € auf 448,8 Mio. € erhöhten, verzeichneten wir beim Zinsaufwand (einschließlich des saldierten Zinsergebnisses aus Derivaten) einen Anstieg um 2,2 Mio. € auf 196,3 Mio. €. Wie in den Vorjahren enthält der Zinsüberschuss Erträge und Aufwendungen aus der unter Risiko reduzierenden Gesichtspunkten vorgenommenen Auflösung von Zinsswaps, die der Zinsbuchsteuerung dienen. Vor dem Hintergrund der schwierigen Rahmenbedingungen aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Gesamtsituation sowie des anhaltend niedrigen Zinsniveaus auf den Geld- und Kapitalmärkten ist dies für die Sparkasse Bremen ein hervorragendes Ergebnis.

Das Provisionsergebnis bleibt weiterhin eine wichtige Ergebniskomponente. Positive Entwicklungen konnten wir insbesondere bei den Provisionen im Giroverkehr und im Darlehensgeschäft verzeichnen. Rückläufig entwickelten sich dagegen die Provisionen insbesondere im Wertpapiergeschäft, aber auch im Versicherungsgeschäft infolge deutlicher Kundenzurückhaltung bei der privaten Vorsorge. Vor dem Hintergrund der schwierigen Rahmenbedingungen

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER ERFOLGSPOSITIONEN (IN MIO.€)

	2011	2010	2009	2008	2007
Zinsüberschuss ¹⁾	252,5	232,1	202,9	212,4	208,3
Provisionsüberschuss	55,8	55,8	59,1	59,8	59,1
Nettoergebnis des Handelsbestands	-10,1	-0,8	2,1	-2,1	3,6
Personalaufwand	92,6	89,9	114,8	124,3	106,4
Sachaufwand ²⁾	97,0	98,2	104,8	112,9	105,7
Verwaltungsaufwand ²⁾	189,6	188,1	219,6	237,2	212,1
Bewertungsergebnis	-69,5	-55,2	-38,2	-48,6	-65,3
Außerordentliches Ergebnis	-5,1	-6,4	0,0	0,0	0,0
Gewinnabhängige Steuern	5,1	6,4	2,4	-1,9	0,3
Jahresergebnis	21,9	23,0	12,7	2,2	10,5
Dividende	0,6	0,6	0,0	0,0	0,4
Rücklagenzuführung	21,3	22,4	12,7	2,2	10,1

¹⁾ einschließlich laufender Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen sowie Erträgen aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen

²⁾ einschließlich Abschreibungen

erzielten wir mit 55,8 Mio. € einen Provisionsüberschuss auf Vorjahresniveau und damit ein für die Sparkasse Bremen gutes Ergebnis.

Die negative Ergebnisentwicklung beim Nettoergebnis des Handelsbestandes steht in engem Zusammenhang mit der negativen Entwicklung auf den Geld- und Kapitalmärkten in der zweiten Jahreshälfte. In deren Folge haben wir im Wertpapierbestand unter Inkaufnahme von Verlusten Risikopositionen geschlossen und damit weitere Kursrisiken begrenzt.

Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,0 % bzw. 2,7 Mio. € auf 92,6 Mio. €. Diese Aufwandsentwicklung resultiert im Wesentlichen aus zusätzlichen Belastungen im Bereich der Versorgungsleistungen infolge des geringer als erwartet ausgefallenen Bewertungszinses für die Pensionsrückstellungen.

Der Sachaufwand zeigt auch im Vorjahresvergleich erneut eine rückläufige Tendenz und verringerte sich um 1,2 % bzw. 1,2 Mio. € auf 97,0 Mio. €. Diese positive Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus unseren abgeschlossenen und laufenden Aktivitäten zur Kosten- und Prozessoptimierung, die bereits zu nachhaltigen Kosteneffekten führten. Darüber hinaus spiegeln sich im Sachaufwand die Kosten aus der umfassenden Zusammenarbeit mit unseren Dienstleistern wider, die im Wesentlichen Leistungen im Zusammenhang mit Marktfolgeaktivitäten im Aktiv- und Passivgeschäft sowie im Bereich Finanzen und Controlling betrifft.

Die Cost-Income-Ratio konnte daher im Berichtsjahr auf 67,5 % (Vorjahr: 69,4 %) reduziert werden.

Im Bewertungsergebnis spiegelt sich für 2011 eine differen-

zierte Entwicklung wider:

Für den Kreditbereich hatten wir trotz steigenden Kreditvolumens aufgrund positiver Konjunkturprognosen ein Ergebnis auf Vorjahresniveau erwartet. Diese grundsätzlich positive Einschätzung wurde noch übertroffen. Ursächlich für die Verbesserung des Bewertungsergebnisses im Kreditbereich sind neben einer guten konjunkturellen Entwicklung insbesondere strukturelle Optimierungen im Kreditportfolio.

Im Wertpapierbereich – infolge der Verwerfungen auf den Geld- und Kapitalmärkten im zweiten Halbjahr 2011 – und im Beteiligungsbereich verzeichneten wir eine negative Entwicklung, die zusätzliche Bewertungsmaßnahmen erforderlich machte.

Das außerordentliche Ergebnis ist auch 2011 das Resultat von mehrjährig zu berücksichtigenden Umstellungseffekten im Zusammenhang mit den erstmals im Vorjahr anzuwendenden Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes.

Der gewinnabhängige Steueraufwand belief sich auf 5,1 Mio. €.

Der Jahresüberschuss verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mio. € auf 21,9 Mio. €. Davon sollen 0,6 Mio. € an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen ausgeschüttet werden sowie 21,3 Mio. € zur weiteren Substanzstärkung den Gewinnrücklagen zugeführt werden.

Die aus der Entwicklung der Ertragslage abgeleitete Eigenkapitalrentabilität vor Steuern betrug 4,8 % (Vorjahr: 5,4 %).

GESAMTAUSSAGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, hohem Wettbewerbsdruck und gestiegenen gesetzlichen Anforderungen, welche die Kreditinstitute auch 2011 vor besondere Herausforderungen stellte, ist die wirtschaftliche Entwicklung der Sparkasse Bremen im vergangenen Geschäftsjahr sehr erfreulich. Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Sparkasse Bremen über eine zufriedenstellende Ertragskraft. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, dass die Sparkasse Bremen für Ihre Kunden auch weiterhin ein leistungsstarker Partner in allen Finanz- und Kreditangelegenheiten sein wird.

nissen verfügt die Sparkasse Bremen über eine zufriedenstellende Ertragskraft. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, dass die Sparkasse Bremen für Ihre Kunden auch weiterhin ein leistungsstarker Partner in allen Finanz- und Kreditangelegenheiten sein wird.

NACHTRAGSBERICHT

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2011 haben sich keine wesentlichen Vorgänge ereignet.

RISIKOBERICHT

Der Erfolg bankbetrieblicher Tätigkeit steht in einem engen Spannungsverhältnis zu den eingegangenen Risiken. Die bewusste Übernahme von Risiken und deren Beherrschung wirkt sich daher unmittelbar auf den Erfolg aus und ist eine Voraussetzung zur Erzielung einer angemessenen Rendite.

Die Risikoübernahme und -steuerung erfolgt daher grundsätzlich unter der risikostrategischen Beachtung zweier Aspekte: Es muss auf der einen Seite für die Übernahme der Risiken ausreichendes Risikodeckungskapital vorhanden und auf der anderen Seite ein angemessener Ertrag zu erwarten sein.

Gerade bei den gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist eine solche aktive Risiko- und Portfoliosteuerung in der Kreditwirtschaft das zentrale Element, um den nachhaltigen

Erfolg und die Existenz des Unternehmens zu sichern.

Die Sparkasse Bremen verschafft sich im Rahmen der regelmäßigen Risikoinventur einen Überblick über ihre Risiken. Aktuell werden im Risikomanagement vier Arten von Risiken aus der bankbetrieblichen und unternehmerischen Tätigkeit unterschieden. Hierzu zählen das Adressenausfallrisiko (inkl. Beteiligungsrisiko), das Marktpreisrisiko (inkl. Zinsänderungsrisiko und Credit Spread Risiko), das Liquiditätsrisiko sowie die operationellen Risiken. Risiken aus Ergebnisschwankungen, die durch Geschäftsvolumenänderungen oder Margenänderungen begründet sein können, werden als wesentliche Teilkomponente in den anderen Risikoarten mit berücksichtigt.

GESAMTBANKSTEUERUNG

Der Gesamtbank- und Risikomanagementansatz der Sparkasse Bremen, der sich an den Erfordernissen des Geschäftsmodells orientiert, baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die laufende Überwachung aller Risiken und überprüft mindestens jährlich die Risikostrategie, die als Leitlinie für alle Unternehmensbereiche gilt und neben der aktuellen Risikosituation regelmäßig mit dem Aufsichtsrat erörtert wird.

Der Vorsitzende des Vorstandes verantwortet hierbei unter anderem federführend die strategische Planung und die Gesamtsteuerung.

Die Sparkasse Bremen verfügt über ein institutionalisiertes Verfahren zur strategischen und operativen Planung, an denen ihre maßgeblichen Organisationseinheiten beteiligt sind. Insbesondere ist auch die Interne Revision in die Planungsprozesse eingebunden. Die Verantwortung für die strategischen Planungsaktivitäten liegt in der Einheit Gesamtbanksteuerung. Die strategische Planung wird dazu in jährlichen Intervallen überprüft und vom Vorstand beschlossen.

Durch monatliche Soll-Ist-Vergleiche im Ausschuss Gesamtbanksteuerung werden Planabweichungen in der operativen Planung frühzeitig und rechtzeitig identifiziert sowie mögliche Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet.

Darüber hinaus bereitet der Ausschuss Gesamtbanksteuerung die Entscheidungen für grundsätzliche Vorgaben wie Strategie, Risikodeckungsmasse und Risikolimits vor. Grundlage für den Ausschuss Gesamtbanksteuerung sind dabei die Ergebnisse aus dem Ausschuss Treasury und dem Ausschuss Kreditrisikosteuerung.

Das integrierte Risikomanagementsystem regelt den aufbau- und ablauforganisatorischen Rahmen zur Steuerung und Überwachung von Risiken. Es ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung, in die auch ausgelagerte Bereiche einbezogen sind. Mit dem Risikomanagementsystem werden die organisatorischen Anforderungen des § 25a KWG, wie beispielsweise die MaRisk, sowie weitere aufsichtsrechtliche Anforderungen erfüllt.

Verantwortet werden die Risikoprozesse in der Sparkasse

Bremen durch die Einheiten Gesamtbanksteuerung bzw. Kreditmanagement, die den Marktfolgevorständen unterstehen. Ihnen obliegen die Methodenverantwortung für alle risikorelevanten Themen, die Risikoüberwachung sowie das Berichtswesen, wobei die Methodenentwicklung und Reporterstellung nach Abstimmung und Vorgabe der Sparkasse Bremen durch das Risikocontrolling in der NRS Norddeutsche Retail-Service AG erfolgt. Abhängig von der Dynamik einzelner Risikoarten bzw. zugeschnitten auf die unterschiedlichen Adressaten erfolgt dabei neben dem täglichen Risikobericht ein monatliches Reporting über die Entwicklung aller Risiken im Gesamtvorstand bzw. in den zuständigen Ausschüssen, welches eine frühzeitige Risikoerkennung und -steuerung ermöglicht sowie das dezentrale Risikomanagement in den Unternehmensbereichen unterstützt.

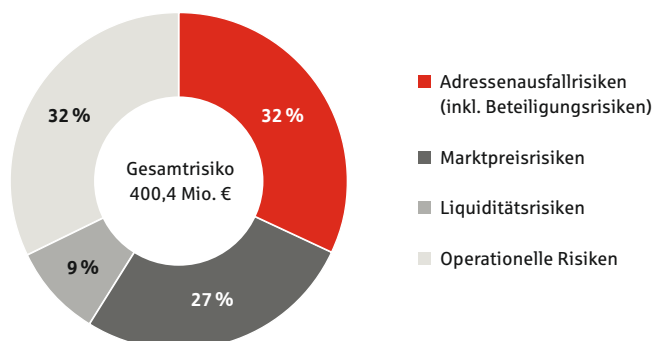
Kernelement der Risikoberichterstattung sind der monatliche Risikobericht bzw. der quartalsweise Kreditrisikobericht, in denen die steuerungsrelevanten Aussagen zur Entwicklung der zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenziale, der Auslastung der Risiken, der Entwicklung des Kreditportfolios sowie zum Umfang und zur Entwicklung der Risikoversorge zusammengefasst werden.

Die grundsätzliche Zielsetzung des Risikomanagementsystems ist die laufende Sicherstellung der Tragfähigkeit der eingegangenen Risiken. Das Konzept zur regelmäßigen Überwachung von Deckungsmasse und Risikoengagement stellt auf Basis eines ökonomischen und eines GuV-orientierten Steuerungskreises sicher, dass die Risikotragfähigkeit zu jeder Zeit gewährleistet ist. Hierbei werden betriebswirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund gestellt und externe Anforderungen an die Risikotragfähigkeit als strenge Nebenbedingungen berücksichtigt. Das Limitsystem ist am ökonomischen Risikodeckungspotenzial ausgerichtet. Dazu wird das über alle Risikoarten ermittelte Gesamtrisiko regelmäßig dem zur Verfügung stehenden wertorientierten und bilanziellen Kapital unter Berücksichtigung der hebbaren stillen Reserven gegenübergestellt. Das Gesamtrisiko stellt die innerhalb eines Jahres aggregierten, unerwarteten Verluste dar, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 % nicht überschritten werden. Bei der Aggregation der unterschiedlichen Risikoarten werden risikomindernde Korrelationen darüber hinaus nicht berücksichtigt.

Die regelmäßige Risikomessung wird um die laufende und einzelfallbezogene Analyse einzelner Stresstests, Szenarien und Konzentrationsrisiken ergänzt, die eine bessere Einschätzung der denkbaren Auswirkungen von seltenen, aber potenziell schwerwiegenden Ereignissen und Marktstörungen für die Sparkasse Bremen ermöglichen. Mit Hilfe dieser Stresstests kann damit auf Gesamtbank- und Teilportfolioebene bereits frühzeitig die Notwendigkeit zur Ableitung von Steuerungsmaßnahmen ermittelt werden.

Mit dem Anspruch einer optimalen Steuerung der Rentabilität, der Risiken und der Liquidität verfolgt die Sparkasse Bremen die permanente Weiterentwicklung und Verbesserung ihrer steuerungsrelevanten Instrumente.

AUFTEILUNG DER RISIKEN IN DER SPARKASSE BREMEN PER 31.12.2011



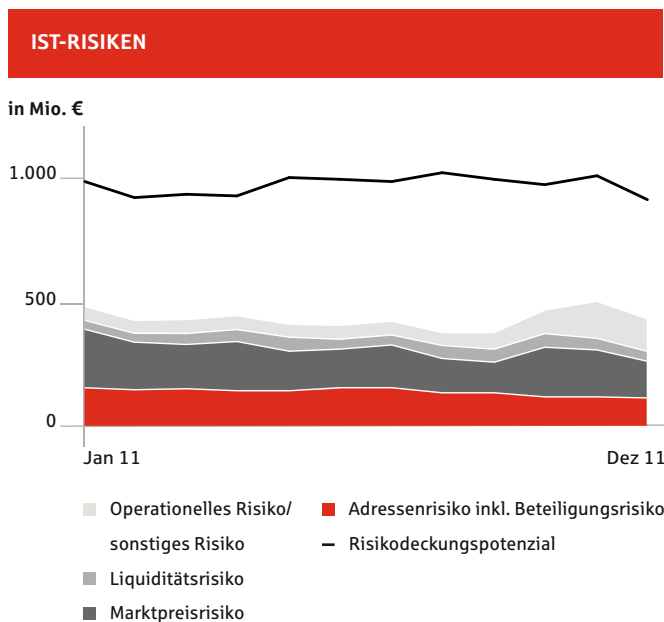
ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Bei allen Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben können, wird ein wirksames Risikomanagement und -controlling eingesetzt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Geld- und Kapitalmarktentwicklungen wurden neben der turnusmäßigen Überprüfung der Limite darüber hinaus ergänzende Analysen ausgewählter Portfolien und Positionen insbesondere im Hinblick auf Länderisiken im europäischen Bereich durchgeführt. Darauf aufbauend wurden entsprechende Handlungsstrategien festgelegt.

Risiken der künftigen Entwicklung, die bestandsgefährdend sein könnten, werden durch die Risikoinventur erkannt, durch ein umfassendes Risikofrüherkennungssystem überwacht und durch regelmäßige Analysen von Stresstests begleitet. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar. Die Risikotragfähigkeit war im Jahr 2011 in beiden Steuerungskreisen zu jeder Zeit gegeben, was auch die Ergebnisse zu einzelnen Stresstests vollständig einschließt.

Das zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial ist darüber hinaus in 2011 stabil geblieben.



Die Summe aller barwertigen Risiken lag im Jahresdurchschnitt deutlich unterhalb des zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzials und war im Jahresverlauf rückläufig. Insbesondere wurde im Rahmen der Zinsbuchsteuerung durch gezielte Maßnahmen das Risiko im August deutlich reduziert. In den Operationellen und Sonstigen Risiken wurde im letzten Quartal ein neuer Risikoaspekt aufgenommen, der zu einer Ausweitung der Position führt. Dem Anstieg des Liquiditätsrisikos aufgrund von Spreadänderungen wurde durch enge Steuerungsmaßnahmen begegnet. Das tatsächlich eingesetzte Risikokapital wurde im Jahresverlauf konstant gehalten und spiegelt die stabile Risikolage wider.

Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die Summe der gewichteten risikotragenden Aktiva und der Risiken

aus Marktrisikopositionen überschritt per 31. Dezember 2011 mit einer Gesamtkennziffer von 10,2% zudem deutlich den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0%.

Die neuen Anforderungen an die Kernkapitalquote gemäß Basel III sind erfüllbar. Dabei ist voraussichtlich eine punktuelle

Solvabilitätskoeffizient	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
Gesamtkennziffer	10,2 %	9,9 %	10,3 %

Neustrukturierung bestimmter Eigenmittelbestandteile erforderlich, um weiterhin deren aufsichtsrechtliche Anerkennung zu gewährleisten.

Nachdem sich die Realwirtschaft nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2010 stark erholt hatte, konnte sich der positive Trend (auf abgeschwächtem Niveau) auch 2011 weiter fortsetzen. Die wirtschaftliche Erholung wurde primär durch Hilfspakete und die Bereitstellung billigen Geldes durch die Zentralbanken (EZB-Zinssatz aktuell bei 1%) ermöglicht. Die Problematik der Staatsverschuldung hat sich nochmals akzentuiert, wobei der Fokus auf den Euro-Staaten liegt. Die Finanzierungsschwierigkeiten machen nicht mehr bei den Peripheriestaaten halt, sondern beginnen auch auf Kernländer des Euroraums überzuschwappen. Aktuell befinden wir uns in einer Vertrauenskrise, welche die europäischen Staaten direkt betrifft und sich auf den Finanzmärkten widerspiegelt. Wir haben dieser Situation durch eine weiterhin vorsichtige Risikopolitik Rechnung getragen. Dabei konnten Chancen an den Kapitalmärkten durch Umstrukturierung des Bestands an eigenen Wertpapieren bei weiterhin stabiler Liquiditätssituation und Risikotragfähigkeit genutzt werden.

Die dritte Novellierung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) wurde in der Sparkasse Bremen unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Fristen 2011 abschließend umgesetzt und das Risikomanagementsystem dabei in Teilen aktualisiert. Im Wesentlichen wurde z. B. das gesamte Stresstestsystem in diesem Zusammenhang optimiert und um inverse Stresstests ergänzt, mit denen analysiert wird, welche Szenarien für die Sparkasse bestandsgefährdend sein könnten.

Zur Vorbereitung auf die neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus Basel III, die im Wesentlichen auf eine Stärkung der Eigenkapitalausstattung und der Liquidität von Kreditinstituten abzielen, wurde 2011 ein Projekt aufgesetzt. Obwohl bis zum Jahresende noch keine finalen Fassungen der neuen Richtlinien und Verordnungen veröffentlicht wurden, ist bereits absehbar, dass bis zum voraussichtlichen In-Kraft-Treten am 1. Januar 2013 Anpassungen hinsichtlich der Geschäftspolitik, des Risikomanagementsystems sowie des Meldewesens der Sparkasse Bremen erforderlich sein werden.

Im Folgenden werden weitere Informationen zum Risikomanagement und -controllingsystem sowie zur Risikolage für die einzelnen Risikoarten dargestellt.

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Unter dem Adressenausfallrisiko versteht die Sparkasse Bremen die Gefahr einer Wertminderung für einen Kredit gemäß § 19 Abs. 1 KWG aufgrund eines Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners und die damit verbundene Gefahr, dass überlassenes Kapital nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wird.

Zur Quantifizierung des ökonomischen Kreditrisikos auf Portfolioebene werden die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Methoden und Verfahren eingesetzt, die eine integrierte Betrachtung des Adressenausfallrisikos in der gesamten Sparkasse Bremen ermöglichen. Das in diesem Zusammenhang eingesetzte Value-at-Risk-Verfahren (VaR) auf Basis von CreditPortfolioView (CPV) ermöglicht für die Betrachtung der Ausfallrisiken auf Gesamtbankebene eine portfolioorientierte Berechnung mit einer entsprechenden Ermittlung der Auslastung der Risikodeckungsmassen. Dadurch ist für die Berechnung des Adressenausfallrisikos ein zu den Marktpreisrisiken von der Methodik her passender Messansatz gegeben.

Die Übernahme und der Umgang von bzw. mit Adressenausfallrisiken ist in der Kreditrisikostategie mit ihren strategischen und geschäftspolitischen Zielsetzungen geregelt. Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft sind in Organisationsrichtlinien für das Kreditgeschäft festgelegt.

Zur Unterstützung der strategischen Ausrichtung und langfristigen Existenzsicherung der Sparkasse Bremen erfolgt die Steuerung und Überwachung des Kreditgeschäfts unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten in der marktunabhängigen Einheit Kreditmanagement und im Ausschuss Kreditrisikosteuerung.

Die Informationen zu den wesentlichen strukturellen Merkmalen des Kreditportfolios werden im vierteljährlichen Kreditrisikobericht dargestellt. Dieser wurde im Rahmen des turnusmäßigen Berichtswesens im Jahr 2011 weiterentwickelt und ausgebaut, um eine optimierte Informationspolitik zu ermöglichen. Primäre Adressaten des Berichtes sind neben der Geschäftsleitung und dem Ausschuss Kreditrisikosteuerung der Kreditausschuss als Ausschuss des Aufsichtsrates.

Als wesentliche Instrumente zur Bonitätsbeurteilung im Kreditgeschäft wendet die Sparkasse Bremen für Firmen- und Privatkunden sowie für Handelspartner unterschiedliche Ratingverfahren an, um eine angemessene Einschätzung des Risikos

zu gewährleisten. Dabei werden Verfahren der Sparkassen-Finanzgruppe eingesetzt, die für jeden Kunden die individuelle Bonität bestimmen. Im standardisierten Privat- und Firmenkundengeschäft sowie im Individualgeschäft werden die Verfahren KundenScoring, KundenKompaktRating, StandardRating und ImmobiliengeschäftsRating eingesetzt. Für spezielle Kundensegmente im Firmenkunden- und Handelsgeschäft werden die Ratingmodule Banken, Corporates, Leasing, Projektfinanzierung und seit Anfang 2011 das Modul Schiffsfinanzierung eingesetzt. Ferner werden im Handelsgeschäft zugleich externe Ratings verwendet. Damit stehen für das Privat- und Firmenkundengeschäft sowie für das Handelsgeschäft geeignete Risikoklassifizierungsverfahren und präzise Instrumente zur Verfügung.

Die Entscheidungsbefugnisse bei einer Kreditbewilligung sind nach Kreditvolumen und Risikogehalt abgestuft geregelt. So werden Kreditentscheidungen risikoabhängig stets auf adäquater Kompetenzebene sowie auf Grundlage von detaillierten Risikobeurteilungen des Marktes getroffen. Bei bestimmten Kriterien ist die zusätzliche Risikobeurteilung durch ein vom Markt unabhängiges Votum erforderlich. Nach der Satzung bzw. Geschäftsordnung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Kreditausschusses.

Zur rechtzeitigen Identifizierung von Risiken aus dem Kredit- und Handelsgeschäft hat die Sparkasse Bremen Frühwarnsysteme im Einsatz, die mit Blick auf die Marktentwicklungen weiterentwickelt werden.

Für die Begleitung der durch das Risikofrüherkennungssystem identifizierten Kreditengagements (Intensivbetreuung) bzw. sanierungsbedürftiger Kreditengagements (Sanierung) sowie für Problemkreditfälle (Abwicklung) werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit besonderem Know-how in einer vom Marktbereich unabhängigen Einheit eingesetzt.

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Verantwortung hierfür liegt in der marktunabhängigen Einheit Kreditmanagement.

Die Beteiligungsrisiken werden als besondere Ausprägung der Adressenausfallrisiken analog behandelt und mit Hilfe eines eigenständigen, turnusmäßigen Beteiligungscontrollings und -berichtswesens überwacht und gesteuert.

MARKTPREISRISIKO

Unter Marktpreisrisiken verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung von Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Marktparameter wie Zinsen, Aktienkursen und Fremdwährungen. Zusätzlich werden die Credit Spread Risiken als wesentliche Risikokomponente der Marktpreisrisiken quantifiziert und in den Risikomanagementprozess integriert.

Für die Marktpreisrisiken der Sparkasse Bremen wurden vorstandsseitig Risikolimits festgelegt. Deren Einhaltung wird bösensätzlich vom Risikocontrolling überwacht. Die zukünftigen potenziellen Verluste werden durch ein Risikolimit begrenzt, bei dem das Gesamtrisiko der marktpreisrisikobehafteten Positionen nach dem Value at Risk-Verfahren (VaR) gemessen

wird. Der VaR (Konfidenzniveau 99,9 %, Haltedauer 250 Tage) sämtlicher Marktpreisrisikopositionen lag im Jahr 2011 unterhalb des vorgegebenen Risikolimits und ist im Jahresverlauf deutlich zurückgegangen. Die Risikosenkung wurde maßgeblich durch die Reduzierung der Fristentransformation in der zweiten Jahreshälfte herbeigeführt.

Zur Überprüfung des VaR-Risikomodells wird für den Handelsbestand und weitere wesentliche Portfolien täglich ein Backtesting durchgeführt. Dieses erfolgte 2011 erstmals unter Berücksichtigung von Credit-Spread-Risiken (relevant für Zinsbuch, Investmentanlagen und Gesamtbestand). Die Ergebnisse des Backtestings lassen auch im Rückblick auf 2011 den Schluss zu, dass das verwendete Modell sowie die entsprechenden Parameter angemessen sind.

Darüber hinaus werden im regelmäßigen Turnus mit Hilfe von Stresstests extreme Marktbewegungen des Handelsbereichs simuliert.

Zum Jahresanfang wurde das Risikomanagementsystem

LIQUIDITÄTSRISIKO

Unter dem Liquiditätsrisiko verstehen wir zum einen die Gefahr, dass fällige Zahlungsverpflichtungen nicht bzw. nicht vollumfänglich erfüllt werden können. Zum anderen ist auch das Liquiditätsfristentransformationsrisiko gemeint. Diese bezeichnet die Gefahr, dass aus der Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve aus der Liquiditätsfristentransformation innerhalb eines bestimmten Zeitraums ein Verlust entsteht.

Diese Risiken werden von der Sparkasse Bremen sowohl im Rahmen der Liquiditätsplanung und -steuerung als auch durch die Einhaltung der Liquiditätskennzahl nach der Liquiditätsverordnung gesteuert.

Zur Verbesserung der Transparenz des kurzfristigen Liquiditätsrisikos und der aktuellen Liquiditätssituation der Sparkasse Bremen wird darüber hinaus monatlich ein Liquidity at Risk berechnet, dem eine dispositive Liquiditätsübersicht (Liquidity Ladder) gegenübergestellt wird. Quartalsweise wird darüber hinaus die Diversifikation der Kapitalstruktur analysiert.

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen werden, soweit sie für die Beurteilung der Lage oder der künftigen Entwicklung von Belang sein können, bei den jeweiligen Risikoarten implizit mit behandelt. So sind etwa zinsbezogene Zahlungsstromschwankungen bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten in der Zinsbuchsteuerung berücksichtigt, während schwankende Zahlungsströme durch Kundendispositionen im Rahmen der kurzfristigen Liquiditätssteuerung durch das Treasury gesteuert werden. Darüber hinaus werden regelmäßig die Auswirkungen von Ratingmigrationen im Allgemeinen und Liquiditätsengpässen auf die Handelsgeschäfte im Besonderen simuliert.

Ergänzend dazu wurden 2011 im Rahmen des Projektes zur

PMS (Portfolio Management System) durch SCD (SimCorp Dimension) abgelöst. SCD ist als bestandsführendes System für alle Handelsgeschäfte bereits seit längerem im Einsatz. Der Funktionsumfang von SCD wurde um die Anforderungen der Risikomessung erweitert. Vorteil ist neben der Kostenersparnis eine Komplexitäts- und Schnittstellenreduzierung.

Aufgrund seiner Bedeutung wird das Zinsbuch der Sparkasse Bremen gesondert gesteuert und überwacht. Dies erfolgt institutionalisiert durch den Ausschuss Treasury. Vorbereitend unterstützen hierbei das Treasury und das Risikocontrolling. Der Ausschuss Treasury beschließt unter anderem über die hausinterne Zinsmeinung sowie über Maßnahmen zur Steuerung der Marktpreisrisiken innerhalb der Limite.

Bei der Zinsbuchsteuerung verfolgen wir eine aktive Strategie. Dabei wird das Zinsbuch durch den Ausschuss Treasury entsprechend der aktuellen Zinsmeinung und innerhalb der gesetzten Limite ausgesteuert.

Aktualisierung und Erweiterung des Liquiditätsmanagements die konzeptionellen Grundlagen größtenteils umgesetzt, um das Liquiditätsrisiko unter aufsichtsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Aspekten optimal zu managen. Beispielsweise wurde mit der Liquiditätsübersicht, in der die erwarteten voraussichtlichen Mittelzuflüsse den erwarteten voraussichtlichen Mittelabflüssen gegenübergestellt werden, eine weitere

Liquiditätsverordnung	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
Gesamtkennziffer	1,54	1,29	2,15

Anforderung der MaRisk umgesetzt. Darüber hinaus erfüllt die bestehende Notfallplanung für eine effiziente Steuerung des Liquiditätsrisikos auch in schwierigen Marktsituationen die ergänzenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen bereits vollständig.

Zur weiteren Unterstützung des gesamten Liquiditätsmanagements wurde im Rahmen des jahresübergreifenden Einführungsverfahrens der Finanz Informatik GmbH & Co. KG mit der Umsetzung der Komponente Liquiditätsrisikosteuerung als Ergänzung des etablierten Anwendungssystems »Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus« begonnen.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag 2011 regelmäßig über der erforderlichen Mindestnorm und spiegelt unsere stabile Liquiditätssituation wider.

Die Entwicklung der Gesamtkennziffer erfolgte planmäßig, da 2011 aufgrund der verbesserten Steuerungsinstrumente ein betriebswirtschaftlich optimiertes Management der Liquidität verfolgt wurde.

OPERATIONELLES RISIKO

Als operationelle Risiken bezeichnen wir die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten.

Die Sparkasse Bremen nutzt für das Management operationeller Risiken Konzepte und Software, die beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband unter Beteiligung vieler Sparkassen entwickelt wurden. Neben den allgemeinen Grundlagen sind dies eine Schadenfalldatenbank sowie die Methoden der jährlichen Risikoinventur und der Risikolandkarte, die alle zwei Jahre durchgeführt wird. Zur Steuerung der vorhandenen Dienstleistungsbeziehungen bzw. der ausgelagerten bankfachlichen und dv-technischen Funktionen existiert darüber hinaus ein zentrales Leistungsmanagement und regelmäßiges Risikomonitoring innerhalb der Einheit Organisation und Informationstechnologie, in das alle wesentlichen Auslagerungen integriert sind und das im Sinne eines modernen Dienstleistungsmagements fortwährend weiterentwickelt wird. Dieses Leistungsmanagement wird durch eine jährliche Risikoanalyse über die wesentlichen Auslagerungen ergänzt, die im Rahmen des turnusmäßigen Beteiligungscontrollings durchgeführt wird.

Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgen sowohl in der Risikoinventur als auch in der Risikolandkarte anhand strukturiert aufbereiteter Szenarien.

Die Schadenfalldatenbank dient zur systematischen Erfassung eingetretener Verluste aus operationellen Risiken und darauf aufbauender Maßnahmen. Die tatsächlichen Verluste aus operationellen Risiken lagen 2011, wie auch schon in den Vorjahren, signifikant unter dem zur Überprüfung der Risikotragfähigkeit reservierten Betrag. Die Gesamtsumme der Schadenfälle ist gegenüber dem Vorjahr aufgrund von Haftungsfällen in der Beratung angestiegen. Nach den insgesamt vorliegenden Informationen sind als Ergebnis der Risikoinventur auch 2011 keine den Bestand gefährdenden operationellen Risiken für

die Sparkasse Bremen und ihre nachgeordneten Unternehmen erkennbar gewesen. Im Rahmen der Projektaktivitäten zu Basel III ist eine Evaluierung des fortgeschrittenen Messansatzes für die Berechnung der operationellen Risiken (Advanced Measurement Approach) für 2012 vorgesehen.

Die Bewertung und Steuerung der über alle Methoden ermittelten Ergebnisse liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Unter Berücksichtigung von Kosten- und Effizienzaspekten entscheiden sie über den Einsatz von Begrenzungs- und Verbesserungsmaßnahmen. Sollte es im Rahmen einer Steuerungsentscheidung zur Einleitung einer Maßnahme kommen, so wird diese (bei entsprechender Bedeutung) in den Planungsprozess der Sparkasse Bremen integriert.

Rechtsrisiken als Teil der operationellen Risiken werden durch eine sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher und juristisch geprüfter Standardverträge reduziert.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen stellen Informationen und sichere Prozesse zentrale Ressourcen für den Geschäftserfolg dar. Die Sparkasse Bremen bedient sich in großem Umfang der technischen Möglichkeiten der Informationsverarbeitung, um einen hohen Wirkungsgrad für ihre Geschäftsprozesse sicherzustellen. Ziel der Notfall- und Sicherheitsarchitektur ist es daher, die Sparkasse Bremen und ihre Kunden durch eine Kombination von organisatorischen, personellen, technischen und baulichen Maßnahmen in Bezug auf alle relevanten Risiken umfassend zu schützen. Somit sollen die Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit der Informationen und Prozesse sichergestellt und das Ausmaß möglicher Schäden begrenzt werden.

Die durchgeführten Notfalltests, die vorhandenen Notfallhandbücher und Sicherheitsleitlinien definieren den hohen Anspruch und die Anforderungen an das Sicherheitsmanagement der Sparkasse Bremen, ihrer Tochterunternehmen und externer Leistungserbringer.

PROGNOSEBERICHT

Im Folgenden berichten wir über die voraussichtliche Entwicklung der Sparkasse Bremen im laufenden und folgenden Geschäftsjahr. Unsere Prognose beruht auf unseren aktuellen Erwartungen und heutigen Annahmen, die sich auf die allgemein erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung, unsere operative Planung, unsere mittelfristige Ergebnisplanung sowie langjährige Erfahrungen stützen. Naturgemäß ist jedoch jede Aussage über zukünftige Ereignisse – insbesondere in Zeiten höchst volatiler Rahmenbedingungen – mit dem Risiko verbunden, dass die tatsächliche Entwicklung anders verläuft.

Insbesondere für 2012 aber auch für 2013 erwarten wir grundsätzlich weiterhin schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingun-

gen infolge der Auswirkungen der anhaltenden europäischen Staatsschuldenkrise.

Trotz des weiter schwierigen Marktumfeldes gehen wir aktivseitig in den Folgejahren von weiterem Wachstum des Kundengeschäftsvolumens, sowohl im Projekt- und Kontraktgeschäft mit Firmenkunden als auch im Wohnungsbaugeschäft mit Privatkunden aus. Grundsätzlich werden wir das Kreditgeschäft unter Risikogesichtspunkten wie in der Vergangenheit weiterhin streng kontrollieren, um eine effektive Steuerung und Überwachung unseres Bewertungsergebnisses zu gewährleisten.

Im Passivbereich sehen wir Chancen für einen Ausbau der Geschäftstätigkeit – insbesondere auch mit vermögenden

Privatkunden – und erwarten somit ein Wachstum der Kundeneinlagen. Dieses Wachstum wird in Verbindung mit prognostizierten steigenden Marktzinsen zu einem vorübergehenden Margenrückgang führen.

Ertragsseitig gehen wir insbesondere aufgrund des sukzessiven Ausbaus der Bestände im Firmen- und Privatkundengeschäft sowie moderat steigender Geld- und Kapitalmarktzinsen von einer grundsätzlich positiven Entwicklung unseres Zinsergebnisses aus.

Auch beim Provisionsüberschuss erwarten wir für das laufende und das folgende Jahr eine insbesondere durch das Versicherungs- und Wertpapiergeschäft sowie durch das Aktivgeschäft mit Firmenkunden getragene positive Entwicklung.

Über diese erwarteten Entwicklungen hinaus sehen wir mögliche zusätzliche Chancen, sofern sich insbesondere die im Rahmen unserer Strategieprozesse festgelegten Maßnahmen zur sukzessiven und nachhaltigen Ergebnisverbesserung sowie die vorgesehenen Prozessstandardisierungen und -optimierungen besser als erwartet auswirken. Zusätzliche Risiken können grundsätzlich dann entstehen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung schlechter als erwartet verläuft und damit verbundene prognostizierte Rahmenbedingungen nicht eintreffen. Durch regelmäßige Szenarioanalysen stellen wir jedoch eine frühzeitige Reaktion auf Risiken im Zins- und Provisionsergebnis sicher, die durch Abweichungen von den erwarteten Rahmenbedingungen entstehen. Wir stabilisieren dadurch die Aussagekraft unserer prognostizierten Daten.

Den Verwaltungsaufwand sehen wir zunächst über Vorjahresniveau, gehen mittelfristig aber von einem rückläufigen

Trend aus. Insbesondere aufgrund prognostizierter Tarifsteigerungen und aufgrund eines ergebnisabhängigen Anstiegs der variablen Vergütungen sehen wir für die Folgejahre einen grundsätzlich steigenden Personalaufwand. Im Sachaufwand erwarten wir für die Folgejahre weiter positive Effekte durch unsere fortlaufenden Kosten- und Prozessoptimierungen und gehen daher grundsätzlich von einer anhaltend rückläufigen Entwicklung aus.

Wir erwarten eine weitere Reduzierung der Cost-Income-Ratio.

Für das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft erwarten wir für die beiden Folgejahre unter der Voraussetzung einer nur temporären Eintrübung der deutschen Wirtschaft in Verbindung mit der angestrebten Konzentration auf gute Bonitäten im Firmenkundengeschäft einen Risikovorsorgebedarf auf leicht erhöhtem bis konstantem Niveau.

Nach den zusätzlichen Bewertungsmaßnahmen im Wertpapierbereich, die durch die negative Geld- und Kapitalmarktentwicklung im abgelaufenen Jahr notwendig wurden, gehen wir unter Berücksichtigung einer auf die prognostizierte Zins- und Marktentwicklung abgestellten Anlagepolitik für das laufende Jahr und für 2013 tendenziell von ausgeglichenen Bewertungsergebnissen in diesem Bereich aus. Die Sparkasse Bremen wird auch weiterhin bei ihren Direkt- und Spezialfondsanlagen grundsätzlich auf eine ausgewogene Risikostruktur achten.

Beim Gesamtergebnis erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen in den nächsten beiden Jahren steigende Jahresergebnisse. Auch die Eigenkapitalrentabilität wird sich demzufolge in den Folgejahren positiv entwickeln.

SCHLUSSERKLÄRUNG

Gemäß § 312 AktG haben wir über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen einen Bericht erstellt. Dieser Bericht schließt mit folgender Erklärung ab: »Gemäß § 312 Abs. 3 AktG erklären wir als Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr 2011 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft mit verbundenen Unterneh-

men oder bei jedem Rechtsgeschäft auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt und dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt wurde.

Bremen, im März 2012

Der Vorstand

DIE SPARKASSE BREMEN AG

JAHRESABSCHLUSS

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2011

AKTIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			39.612.232,70		57.431
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			<u>164.989.092,70</u>		184.424
				204.601.325,40	241.855
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			--		-
b) Wechsel			<u>--</u>		-
				--	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			269.900.233,33		32.535
b) andere Forderungen			<u>927.241.002,54</u>		858.063
				1.197.141.235,87	890.598
4. Forderungen an Kunden					
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	3.293.755.960,93				3.280.328
Kommunalkredite	142.108.574,90				135.655
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		--			-
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	--				-
ab) von anderen Emittenten		<u>--</u>	--		-
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	--				-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		17.894.476,22			19.283
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	17.894.476,22				19.283
bb) von anderen Emittenten		<u>391.206.422,18</u>	409.100.898,40		748.488
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	322.992.716,31				690.815
c) eigene Schuldverschreibungen			<u>--</u>		-
Nennbetrag	--				-
				409.100.898,40	767.771
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					
				497.802.990,91	608.305
6a. Handelsbestand					
				11.439.651,68	25.882
7. Beteiligungen					
				138.781.057,96	117.293
darunter:					
an Kreditinstituten	1.028,19				1
an Finanzdienstleistungsinstituten	3.337.083,63				3.337
8. Anteile an verbundenen Unternehmen					
				97.952.604,56	97.910
darunter:					
an Kreditinstituten	12.914.254,76				12.968
an Finanzdienstleistungsinstituten	--				-
9. Treuhandvermögen					
				18.458.194,84	19.403
darunter:					
Treuhandkredite	17.693.174,36				18.590
10. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			--		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			866.615,14		2.150
c) Geschäfts- oder Firmenwert			--		-
d) geleistete Anzahlungen			<u>--</u>		-
				866.615,14	2.150
11. Sachanlagen					
				86.501.952,64	91.700
12. Sonstige Vermögensgegenstände					
				35.091.426,82	32.686
13. Rechnungsabgrenzungsposten					
				3.856.180,01	4.260
Summe der Aktiva				10.538.165.008,03	10.603.698

PASSIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			109.272.382,56		144.746
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>2.513.149.332,69</u>		2.699.863
			2.622.421.715,25		2.844.609
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	2.655.927.821,05				2.696.304
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>228.336.202,56</u>	2.884.264.023,61			270.971
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	2.650.149.383,00				2.476.917
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>973.473.031,38</u>	<u>3.623.622.414,38</u>			891.104
			6.507.886.437,99		6.335.296
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			257.991.543,18		274.487
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			<u>—,—</u>		—
darunter:					
Geldmarktpapiere	—,—				—
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	—,—				—
			257.991.543,18		274.487
3a. Handelsbestand					
4. Treuhandverbindlichkeiten					
darunter:					
Treuhandkredite	17.693.174,36				18.590
5. Sonstige Verbindlichkeiten					
6. Rechnungsabgrenzungsposten					
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			255.853.242,00		244.427
b) Steuerrückstellungen			992.043,08		3.748
c) andere Rückstellungen			<u>39.039.089,53</u>		46.812
			295.884.374,61		294.987
8. Nachrangige Verbindlichkeiten					
9. Genussrechtskapital					
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	35.000.000,00				40.000
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken					
11. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) gezeichnetes Kapital	370.000.000,00				370.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter	<u>53.000.000,00</u>	423.000.000,00			53.000
b) Kapitalrücklage		47.041.959,68			47.042
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	—,—				—
cb) Rücklage für eigene Anteile	—,—				—
cc) satzungsmäßige Rücklagen	—,—				—
cd) andere Gewinnrücklagen	<u>102.746.160,04</u>	102.746.160,04			69.419
d) Bilanzgewinn		<u>11.019.613,15</u>			22.982
			583.807.732,87		562.443
Summe der Passiva			10.538.165.008,03		10.603.698
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			—,—		—
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			467.768.462,24		442.932
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			<u>—,—</u>		—
			467.768.462,24		442.932
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			—,—		—
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			—,—		—
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>354.396.018,34</u>		421.617
			354.396.018,34		421.617

GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2011

	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	413.336.598,94				379.726
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>18.322.257,22</u>	431.658.856,16			21.848
2. Zinsaufwendungen		<u>196.311.144,33</u>		+ 235.347.711,83	194.115 + 207.459
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		6.952.233,98			17.316
b) Beteiligungen		2.157.536,75			2.552
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>974.853,94</u>			1.637
			10.084.624,67		21.505
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			7.063.888,15		3.181
5. Provisionserträge		61.004.284,68			62.119
6. Provisionsaufwendungen		<u>5.160.426,75</u>			6.318
			+ 55.843.857,93		+ 55.801
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands					- 765
8. Sonstige betriebliche Erträge				20.804.472,52	16.618
9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	74.416.943,00				73.489
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	<u>18.143.185,43</u>	92.560.128,43			16.434
b) andere Verwaltungsaufwendungen	6.269.705,21	<u>88.537.990,99</u>			4.505 88.686
			181.098.119,42		178.609
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				8.465.898,26	9.558
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen				25.924.800,15	22.818
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		34.429.807,17			43.516
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			--	- 34.429.807,17	- 43.516
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteili- gungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		35.106.161,95			11.650
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			--	- 35.106.161,95	- 11.650
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme				1.497.669,19	1.485
17. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken				--	--
18. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				+ 32.520.815,91	+ 36.163
19. Außerordentliche Erträge		--			44
20. Außerordentliche Aufwendungen		<u>5.064.603,00</u>			6.395
21. Außerordentliches Ergebnis				- 5.064.603,00	6.351
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		5.139.737,35			6.350
23. Sonstige Steuern		<u>396.862,41</u>			480
				5.536.599,76	6.830
24. Jahresüberschuss				21.919.613,15	22.982
25. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				--	--
26. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				--	--
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			--		--
b) aus der Rücklage für eigene Aktien			--		--
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			--		--
d) aus anderen Gewinnrücklagen			<u>--</u>	--	--
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			--		--
b) in die Rücklage für eigene Aktien			--		--
c) in satzungsmäßige Rücklagen			--		--
d) in andere Gewinnrücklagen		<u>10.900.000,00</u>			--
				10.900.000,00	--
29. Bilanzgewinn				11.019.613,15	22.982

ANHANG

I. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Unseren Jahresabschluss haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und unserer Satzung aufgestellt. Auf die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses gemäß § 340 i HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB wurde verzichtet, da die Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowohl einzeln als auch insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Fristengliederung erfolgte nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV für bestimmte Posten und Unterposten der Bilanz im Anhang. Auf die Aufteilung der anteiligen Zinsen auf die verschiedenen Restlaufzeiten wurde gemäß Wahlrecht in § 11 RechKredV verzichtet.

— FORDERUNGEN AN KUNDEN UND KREDITINSTITUTE

Die Bilanzierung erfolgte zum Nennwert. Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet. Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

— WERTPAPIERE

Die Wertpapiere des Anlagevermögens, die nach eingehender Prüfung der Sparkasse nicht der dauernden Wertminderung unterliegen, wurden teilweise nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Dieses gilt für Wertpapiere, bei denen die Rückzahlung zum Nennwert vereinbart ist und deren Börsen- oder Marktpreis zum Abschlussstichtag unter dem Buchwert lag oder deren Buchwert unter dem Rücknahmepreis lag. Wie im Vorjahr wurden bei der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips für festverzinsliche Wertpapiere die über den Börsen- oder Marktpreisen liegenden Rücknahmepreise als Wertobergrenze herangezogen.

Mit gleicher Methodik wurde im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise bei Investmentanteilen teilweise nicht auf niedrigere Rücknahmepreise abgeschrieben, soweit diese auf nicht dauernde Wertminderungen der enthaltenen Anlagen zurückzuführen sind.

Alle weiteren Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei allen Wertpapieren wurde das Wertaufholungsgebot und das Anschaffungskostenprinzip beachtet.

— HANDELSBESTAND

Die Finanzinstrumente des Handelsbestands werden zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags (Value-at-Risk) bewertet. Gemäß IDW RS BFA 2 wird dieser in einer Summe beim größeren der jeweiligen Bilanzposten »Handelsbestand« (Aktiv oder Passiv) in Abzug gebracht.

Innerhalb des Geschäftsjahres hat die Sparkasse die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

Für die zu berücksichtigenden Risikoabschläge nutzt die Sparkasse Bremen die für die interne Risikosteuerung ermittelten Value-at-Risk-Abschläge. Hierbei wurde eine Haltedauer von 63 Handelstagen, ein Beobachtungszeitraum von 250 Handelstagen und ein Konfidenzniveau von 99,9% angenommen. Der hierbei ermittelte absolute Betrag des Risikoabschlags beträgt 66 T€.

Die Sparkasse Bremen weist ihre laufenden und abzugrenzenden Erträge und Aufwendungen aus Handelsbeständen nicht im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes, sondern in den korrespondierenden Posten der Gewinn- und Verlustrechnung aus, da dieses der internen Steuerung entspricht.

— ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bzw., wenn besondere Umstände vorlagen, zu niedrigeren Werten angesetzt. Das Wertaufholungsgebot wurde dabei berücksichtigt.

— SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

Diese wurden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten, bei abnutzbaren Vermögensgegenständen vermindert um lineare bzw. degressive Abschreibungen, bewertet.

Im Rahmen der Ausübung von Wahlrechten aus der erstmaligen Anwendung des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts wurde ein geringer Teil des Sachanlagevermögens, soweit es bis 2009 zugegangen ist, weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen degressiv abgeschrieben.

Bis zum Geschäftsjahr 2007 wurden geringwertige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben. In den Geschäftsjahren 2008 und 2009 legte die Sparkasse hierfür nach Neuregelung zulässigerweise die steuerlichen Vorschriften nach § 6 Abs. 2 und 2a EStG zugrunde (Bildung jahrgangsbezogener Sammelposten mit gleichmäßiger erfolgswirksamer Auflösung über 5 Jahre). Seit dem Geschäftsjahr 2010 wurden die geringwertigen Vermögensgegenstände bis zu einem Wert von 410,00 EUR (ohne Vorsteuer) aufgrund ihrer unwesentlichen Bedeutung für die Sparkasse Bremen im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

— SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen wurden Wertminderungen bzw. erkennbare Risiken durch entsprechende Bewertungsabschläge berücksichtigt.

— VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Etwaige Disagien wurden aktiviert und Agien passiviert. Sie wurden entsprechend der Laufzeiten abgegrenzt.

— RÜCKSTELLUNGEN

Allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verpflichtungen wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung getragen. Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt und bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst. Als Abzinsungssatz wurde der von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlichte fristenkongruente Zinssatz zugrunde gelegt.

Aus der Inanspruchnahme des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ergab sich per 31.12.2011 eine Überdotierung bei einigen Rückstellungen i.H.v. insgesamt 0,1 Mio. €. Da diese Überdotierungen voraussichtlich bis spätestens zum 31.12.2024 wieder zugeführt werden müssen, wurde auf entsprechende Rückstellungsminderungen verzichtet.

Die Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen wurden nach aktualisierten Grundlagen (Heubeck-Richttafeln 2005 G) unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode ermittelt. Sie wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechts gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Abzinsungssatz beträgt 5,14 %. Darüber hinaus wurde eine Gehaltssteigerung von 2,5 %, eine Rentensteigerung von 1,5 % und eine Steigerung der sozialversicherungsrechtlichen Bemessungsgröße von 1,0 % p.a. zugrunde gelegt.

In Ausübung des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird der sich aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen ergebende Zuführungsbetrag bis spätestens zum 31.12.2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel angesammelt. Zum 31.12.2011 beträgt der noch zuzuführende Betrag 65,6 Mio. €. Die Ermittlung des Zuführungsbetrages erfolgte dabei auf den 31.12.2011.

— WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des § 340 h HGB in Verbindung mit § 256 a HGB und IDW RS BFA 4. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände, die wie Anlagevermögen behandelt werden, werden mit ihren Anschaffungskursen in Euro umgerechnet.

Die übrigen Bilanzbestände in Fremdwährung sowie die nicht abgewickelten Kassa- und Termingeschäfte, die vollständig nicht dem Handelsbestand zugeordnet wurden, gelten gemäß § 340 h HGB als besonders gedeckte Geschäfte (besondere Deckung).

Die besondere Deckung stellt hierbei auf eine betragsmäßige Deckung der einbezogenen Geschäfte ab, eine Laufzeitkongruenz der Geschäfte wird hierbei nicht betrachtet. Besonders gedeckte Geschäfte werden zum Kassa- bzw. Terminkurs bewertet.

Dem Kassa- bzw. Terminkurs liegt der Referenzkurs der Europäischen Zentralbank zugrunde.

Die aus der Umrechnung der besonders gedeckten Geschäfte ermittelten Kursgewinne und -verluste werden in der Gewinn- und Verlust-Rechnung in den sonstigen betrieblichen Erträgen (Posten 8) bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Posten 11) erfasst.

— BEWERTUNGSEINHEITEN

Die jeweiligen Sicherungsgeschäfte sind derart ausgestaltet, dass die risikorelevanten Parameter des Grundgeschäfts zum Abschlussstichtag und während der Laufzeit des Grundgeschäfts vollständig gegenläufig sind (Critical Terms Match). Derivative Kundengeschäfte sowie die mit bonitätsmäßig einwandfreien Kreditinstituten abgeschlossenen gegenläufigen Sicherungsgeschäfte werden jeweils zu einer Mikro-Bewertungseinheit zusammengefasst.

Als Grundgeschäfte werden schwebende Geschäfte mit einem Nominalwert von 304,7 Mio. € in Bewertungseinheiten nach § 254 Satz 1 HGB einbezogen. Bei diesen Bewertungseinheiten handelt es sich jeweils um so genannte Mikro-Bewertungseinheiten. Diese Geschäfte werden mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zins- und Fremdwährungsrisiken abgesichert. Dabei sind Zinsänderungsrisiken in Höhe von 243,6 Mio. € und Fremdwährungsrisiken in Höhe von 61,1 Mio. € abgesichert.

— BEWERTUNG DES BANKBUCHS

Die Werthaltigkeit des Bankbuchs wurde gemäss IDW ERS 3 (Entwurf) anhand einer barwertigen Betrachtung ermittelt. Für das allgemeine Zinsänderungsrisiko ist eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden Aktiva und Passiva einschließlich der Derivate vorgenommen worden. Als Zinsstrukturkurve wurden produktspezifische Renditekurven zugrunde gelegt.

— DERIVATE

Derivative Finanzinstrumente wurden nach den Grundsätzen des Imparitätsprinzips und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet. Zinsswaps wurden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Aus diesem Grund wurde insoweit keine Bewertung vorgenommen. Strukturierte Produkte wurden nach IDW RS HFA 22 und IDW RS BFA 1 behandelt.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(SOWEIT NICHT ANDERS ANGEZEIGT, WERTE IN TAUSEND €)

— AKTIVSEITE

zu 3. Forderungen an Kreditinstitute

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute – Unterposten b) – beinhalten Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	459.976
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	365.116
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	80.137
– mehr als fünf Jahre	327

Im Posten 3 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 9.198)	5.634
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 223)	174
– Forderungen an die eigene Girozentrale	197
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: –)	–

zu 4. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden beinhalten Forderungen

– mit unbestimmter Laufzeit	821.914
-----------------------------	---------

sowie Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	516.187
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	475.930
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.847.065
– mehr als fünf Jahre	4.169.255

Im Posten 4 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 27.115)	23.095
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 207.118)	168.750
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: 6.508)	6.058
– darunter an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 1.508)	1.058
– darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: –)	–

zu 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im folgenden Jahr fällig

117.287

Im Posten 5 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	374.463
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	34.638
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 614.518)	331.017
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: 149.120)	111.140
– Zeitwert dieser Wertpapiere	104.892
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: 5.456)	5.456

zu 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Im Posten 6 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	–
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	11.812
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 608.305)	497.803
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: 270.125)	269.243
– Zeitwert dieser Wertpapiere	253.503
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: –)	–
– Spezialfondsanteile	357.401

Die Anteilscheine der Spezialfonds sind nach § 92 InvG nur mit Zustimmung der Kapitalanlagegesellschaft übertragbar. Die Gesellschaften schütten grundsätzlich die per Fondsgeschäftsjahresende für Rechnung der Sondervermögen angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen und Dividenden aus, wobei Zwischenausschüttungen vorgenommen werden. Die zur Ausschüttung verfügbaren realisierten Kursgewinne per Fondsgeschäftsjahresende werden von den Gesellschaften vollständig thesauriert.

Investmentvermögen mit einem Anteil von mehr als 10%:

Fonds	Buchwert 31.12.2011	Marktwert 31.12.2011	Unter- schiebs- betrag	Ausschüttung 2011	Tägliche Rückgabe möglich	Anwendung NWP
Rentenfonds						
IP Opti Flex 2009	5.000	5.070	-70	0	Ja	Ja
Lupus Alpha L/s Duration	1.961	1.961	0	51	Ja	Ja
HI Bremen 3	171.249	160.310	10.939	1.248	Ja	Nein ¹
HI Bremen 7	23.575	23.575	0	0	Ja	Ja
HI Bremen 10	64.584	65.406	-822	1.628	Ja	Ja
Mischfonds						
Bremen Individualdepot	9.851	9.851	0	0	Ja	Ja
IP Weser-Multi-Strategy	17.528	17.528	0	0	Ja	Ja
IP Weser-Opportunity	17.810	17.810	0	0	Ja	Ja
HI Bremen 9	97.994	93.193	4.801	0	Ja	Nein ¹

¹ Zur Anwendung des Niederstwertprinzips verweisen wir auf die Ausführungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden bei den Wertpapieren.

zu 6a. Handelsbestand

Der Posten 6a ist wie folgt aufzugliedern:

– Derivative Finanzinstrumente	–
– Forderungen	–
– Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	11.506
– Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–
– Sonstige Vermögensgegenstände	–
– Zwischensumme	11.506
– Risikoabschlag	66
– Gesamt	11.440

zu 7. Beteiligungen

Im Posten 7 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

zu 8. Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Posten 8 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

zu 9. Treuhandvermögen

Bei den Treuhandvermögen handelt es sich um:

– Forderungen an Kunden	17.693
– Sonstige Vermögensgegenstände	765

zu 10. und 11. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:

	immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen
Anschaffungskosten am Jahresanfang	20.569	250.557
Zugänge	204	2.598
Abgänge	5.287	5.639
<u>kumulierte Abschreibungen</u>	<u>14.619</u>	<u>161.014</u>
Bilanzwerte am Jahresende	867	86.502
Abschreibungen im Geschäftsjahr	1.367	7.098

Im Posten 11 Sachanlagen sind enthalten:

– im Rahmen der Sparkassentätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	54.499
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.820
– Sammelposten für geringwertige Vermögensgegenstände	163

zu 12. Sonstige Vermögensgegenstände

Im Posten 12 sind enthalten:

– Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens (Vorjahr: 86)	87
--	----

Bemerkenswerte Einzelposten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen	8.511
– nachrangige Vermögensgegenstände (Stille Beteiligungen)	7.000
– gezahlte Optionsprämien	4.729

zu 13. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 13 sind enthalten:

– Disagien aus Verbindlichkeiten (Vorjahr: 438)	572
– Agien aus Forderungen (Vorjahr: 1.571)	1.248

– PASSIVSEITE

zu 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	503.197
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	217.570
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	749.653
– mehr als fünf Jahre	990.032

Im Posten 1 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 5.486)	9.718
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 17.482)	37.641
– Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	14.373

Für in diesem Posten enthaltene Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände von 1.044,5 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – Unterposten a) ab) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	70.919
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	135.309
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	22.108
– mehr als fünf Jahre	–

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) bb) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	286.205
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	145.207
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	224.600
– mehr als fünf Jahre	300.700

Im Posten 2 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 35.437)	39.705
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 23.774)	22.996

zu 3. Verbriefte Verbindlichkeiten

Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im folgenden Jahr fällig 131.468

Im Posten 3 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 503)	1.655
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 15.744)	15.744

zu 4. Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:

– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.448
– Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.010

zu 5. Sonstige Verbindlichkeiten

Bemerkenswerte Einzelposten:

– Rückzahlungsverpflichtungen aus geschlossenen Immobilienfonds	5.313
– erhaltene Optionsprämien	4.860
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.776
– von unseren Kunden einbehaltene Kapitalertragsteuer	4.496

Für in diesem Posten enthaltene Margin-Verpflichtungen aus EUREX-Geschäften sind Wertpapiere über 5,0 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 6. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 6 sind Disagien aus Forderungen
enthalten (Vorjahr: 4.538):

4.677

zu 8. Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Posten 8 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 1.021)

1.021

– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein
Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 214)

214

Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind
in 2011 Zinsaufwendungen in folgender Höhe angefallen:

8.206

Der Bestand betrifft auf Euro lautende Inhaber- und
Namensschuldverschreibungen mit fester Verzinsung und Fälligkeiten von
2013 bis 2021. Eine vorzeitige Rückzahlung sowie eine Umwandlung in
Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vorgesehen.

zu 9. Genussrechtskapital

Der Bestand betrifft 8 Namensgenussscheine. Im Geschäftsjahr 2011 wurden
keine neuen Namensgenussscheine ausgegeben.

zu 11. Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 370,0 Mio. € und teilt sich auf 370.000 nennwertlose
Stückaktien auf. Die Aktien werden vollständig von der Finanzholding der Sparkasse
in Bremen gehalten. Zum gezeichneten Kapital gehören eine Stille Einlage in Höhe
von 13,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 6 Jahren und 6 Monaten sowie eine Stille
Einlage in Höhe von 40,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 5 Jahren.

Gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 25.05.2011 wurde der Bilanzgewinn 2010
in Höhe von 22,4 Mio. € in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, vom Bilanzgewinn 2011 von insgesamt
11,0 Mio. € 10,4 Mio. € den Gewinnrücklagen zuzuführen und 0,6 Mio. € an die
Finanzholding der Sparkasse in Bremen auszuschütten.

zu Eventualverbindlichkeiten (Nr. 1 unter dem Strich)

Die Eventualverbindlichkeiten unterliegen organisatorisch geregelten Kreditvotierungs-,
-entscheidungs- und -überwachungsprozessen. Die Genehmigung der Kreditvergabe und
-überwachung ist an die Höhe des einzelnen Risikos gekoppelt. In Abhängigkeit von
Volumen und Bonität der Kreditnehmer sind entsprechende Kreditkompetenzen definiert,
so dass Kreditentscheidungen risikoabhängig immer auf adäquater Ebene getroffen
werden. Die zugunsten der Kreditnehmer eingegangenen Verpflichtungen aus Eventual-
verbindlichkeiten gegenüber Dritte sind nicht zu passivieren, da die zugrundeliegende
Verbindlichkeit durch die Kreditnehmer aller Voraussicht nach erfüllt werden können und
daher mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

zu Andere Verpflichtungen (Nr. 2 unter dem Strich)

Die unwiderruflichen Kreditzusagen beinhalten überwiegend Darlehen, die teilvalutiert und
noch nicht vollständig ausgezahlt sind. Unwiderrufliche Kreditzusagen unterliegen
organisatorisch geregelten Votierungs-, Entscheidungs- und Überwachungsprozessen.
Wesentliche Ausfallrisiken sind hieraus nicht zu erkennen.

III. SONSTIGE ANGABEN ZUR BILANZ

— FREMDWÄHRUNGSAKTIVA UND -PASSIVA

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, beläuft sich umgerechnet auf 367,3 Mio. € respektive 362,5 Mio. €.

— LATENTE STEUERN

Passive latente Steuern aufgrund zu versteuernder temporärer Differenzen resultieren im Wesentlichen aus dem unterschiedlichen Ausweis von Beteiligungen an Personengesellschaften in Handels- und Steuerbilanz. Diese werden mit aktiven latenten Steuern aufgrund abzugsfähiger temporärer Differenzen aus unterschiedlichen Ansätzen von Forderungen, Wertpapieren und Rückstellungen in Handels- und Steuerbilanz kompensiert. Der insgesamt sich ergebende Überhang aktiver Steuerlatenzen wurde in Ausübung des Wahlrechts aus § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

— SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Lizenz- und Wartungsverträgen von derzeit p. a. 6,4 Mio. €.

Im Beteiligungsbereich bestehen nicht passivierte Einzahlungs- bzw. Nachschussverpflichtungen von derzeit 44,0 Mio. €.

Gemäß besonderen Erklärungen sind die von der Sparkasse für fünf Objektfinanzierungen bei Grundstückskommanditgesellschaften eingesetzten Komplementäre aus der persönlichen Haftung für Verbindlichkeiten dieser gegenüber der Sparkasse freizustellen.

Im Zusammenhang mit der Auslagerung von Tätigkeiten hat sich die Sparkasse für einen befristeten Zeitraum verpflichtet, einer Tochtergesellschaft zu ermöglichen, etwaige Ausgleichszahlungen im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen, wie sie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen wären. Dieses gilt solange, wie die Sparkasse Mehrheitsgesellschafterin der Tochtergesellschaft ist.

— ANHANGANGABEN GEMÄSS § 160 ABS. 1 NR. 8 AKTG

Nachfolgende Bekanntmachung wurde der AG mitgeteilt: »Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Am Brill 1–3 in 28195 Bremen, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt, dass ihr 100 % der Aktien an unserer Gesellschaft gehören.«

TERMINGESCHÄFTE

Der wesentliche Teil der am Abschlussstichtag bestehenden zinsbezogenen Geschäfte (Zinsswaps) wurde zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich überwiegend um Handelsgeschäfte mit Kunden, die nahezu vollständig kursgesichert wurden.

Bei den Geschäften mit sonstigen Risiken handelt es sich um Kreditderivate sowie um strukturierte Produkte mit Kündigungsrechten der Emittentinnen.

Restlaufzeit	NOMINALWERTE				Gesamt Mio. €	davon Handelsbestand Mio. €	MARKTWERTE	
	bis 1 Jahr einschl. Mio. €	über 1 Jahr bis 5 Jahre Mio. €	über 5 Jahre Mio. €	positiv Mio. €			negativ Mio. €	
Zinsbezogene Geschäfte								
OTC-Produkte	288,0	1.262,7	1.630,5	3.181,2	0,0	43,4	256,5	
Börsengeschäfte	–	–	–	–	–	–	–	
Währungsbezogene Geschäfte								
OTC-Produkte	647,9	64,0	46,2	758,1	0,0	20,1	19,3	
Börsengeschäfte	–	–	–	–	–	–	–	
Geschäfte mit sonstigen Risiken								
OTC-Produkte	25,0	99,5	–	124,5	0,0	123,1	–	
Börsengeschäfte	–	–	5,4	5,4	0,0	4,4	–	
Gesamt				4.069,2	0,0			

Zinsswaps

Der Zeitwert ergibt sich aus der Saldierung der mit Hilfe der Zerobond-Renditen berechneten Barwerte der cash-flows der beiden Swapseiten. Die cash-flows der variablen Seite werden mittels impliziter Forward Rates berechnet.

Devisentermingeschäfte

Der Zeitwert ergibt sich aus dem aktuellen Terminkurs (Kassakurs zum Abschlussstichtag +/- Swapsatz für die Restlaufzeit per Abschlussstichtag).

Devisenoptionen

Der Zeitwert wird nach dem Garmann-Kohlhagen-Modell berechnet.

Caps/Floors

Mit Hilfe des modifizierten Black-Modells wird der Zeitwert als Summe der mit den Zerobond-Renditen abgezinnten theoretischen Preise jedes einzelnen Caplets auf den Bewertungszeitpunkt berechnet.

Kreditderivate

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um eingegangene Sicherungsgeberpositionen, die als Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen unter dem Bilanzstrich ausgewiesen werden.

Strukturierte Produkte mit Kündigungsrechten

Die von der Sparkasse erworbenen strukturierten Produkte mit Kündigungsrechten werden nach den allgemeinen Bewertungsgrundsätzen behandelt.

PFANDBRIEFE

Die Sparkasse Bremen AG ist eine Pfandbriefbank. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über unsere Homepage im Internet www.sparkasse-bremen.de erfüllt.

	2011	2010
	in Mio. €	in Mio. €
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 1		
Hypothekendarlehen		
Nennwert	150,1	85,1
Barwert	173,5	90,3
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest + 250 BP	137,6	73,2
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest - 250 BP	219,2	112,3
Deckungsmasse		
Nennwert	333,4	234,0
Barwert	381,2	259,8
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest + 250 BP	335,4	226,2
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest - 250 BP	425,5	299,2
Überdeckung		
Nennwert	183,3	148,9
Barwert	207,7	169,5
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest + 250 BP	197,8	153,0
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest - 250 BP	206,3	186,9
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2		
Laufzeitstruktur des Hypothekendarlehens		
bis zu 1 Jahr	0,0	0,0
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	0,0	0,0
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	0,0	0,0
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	0,0	0,0
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	0,0	0,0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	63,0	58,0
ab 10 Jahren	87,1	27,1
Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse		
bis zu 1 Jahr	15,0	7,1
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	21,4	8,6
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	36,7	12,5
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	25,1	26,5
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	16,8	14,3
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	172,6	136,7
ab 10 Jahren	45,8	28,3
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 3		
In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.		
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 4		
In der Deckungsmasse sind weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG enthalten:		
gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	10,0	10,0
davon in Deckungswerten gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG	10,0	10,0
¹⁾ statisches Verfahren gemäß PfandBarwertV		

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND-VERLUST-RECHNUNG

zu 1. a) Zinserträge

In diesem Posten sind rd. 10 % periodenfremde Erträge enthalten. Diese entfallen im Wesentlichen auf Steuerungsmaßnahmen des Zinsbuches.

zu 2. Zinsaufwendungen

In diesem Posten sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 42 T€ enthalten.

zu 5. Provisionserträge

Im Rahmen unseres Allfinanz-Angebotes haben wir aus gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen für die Vermittlung von Lebens- und Sachversicherungen, Bausparprodukten und Investmentfonds-Anteilen Provisionserträge erhalten.

zu 8. Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind u. a. 4.185 T€ Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, 6.438 T€ Verwaltungskostenerstattungen durch Tochterunternehmen und 2.428 T€ ordentliche Grundstücks- und Gebäudeerträge enthalten.

Es wurden Erträge aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von 982 T€ erfasst.

zu 11. Sonstige betriebliche Aufwendungen

In diesem Posten sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 17.327 T€ sowie Aufwendungen aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von 7 T€ enthalten.

zu 21. Außerordentliches Ergebnis

In diesem Posten sind ausschließlich Aufwendungen aus der Umstellung auf die Vorschriften des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts enthalten.

	2011		2010	
	in Mio. €		in Mio. €	
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 1				
a.) Gesamtbetrag der verwendeten nennwertigen Deckungsmasse nach Größenklassen Kreditdeckung				
– bis zu 300 T€	291,1		205,4	
– über 300 T€ bis zu 5 Mio. €	26,0		12,2	
– mehr als 5 Mio. €	6,3		6,4	
Sichernde Überdeckung				
– bis zu 300 T€	0,0		0,0	
– über 300 T€ bis zu 5 Mio. €	0,0		0,0	
– mehr als 5 Mio. €	10,0		10,0	
b.) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Staaten, in denen die Grundstückssicherheiten liegen ¹⁾				
Bundesrepublik Deutschland	323,4		224,0	
c.) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Nutzungsart ¹⁾				
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
	2011	2010	2011	2010
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
Wohnungen	49,2	30,9		
Einfamilienhäuser	192,6	148,3		
Mehrfamilienhäuser	45,8	31,4		
Bürogebäude			5,9	0,3
Handelsgebäude			0,0	0,0
Industriegebäude			8,6	7,8
sonstige gewerblich genutzte Gebäude			21,3	5,3
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten			0,0	0,0
Bauplätze			0,0	0,0
	2011		2010	
	in Mio. €		in Mio. €	
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 2				
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen ¹⁾				
	0,0		0,0	
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
	2011	2010	2011	2010
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 3				
a.) Anzahl anhängiger Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren zum 31.12.2011	0	0	0	0
Anzahl durchgeführter Zwangsversteigerungen im Geschäftsjahr	0	0	0	0
b.) Übernahme von Grundstücken im Geschäftsjahr	0	0	0	0
	2011	2010	2011	2010
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
c.) Rückständige Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0

¹⁾ keine Grundstückssicherheiten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland

V. SONSTIGE ANGABEN

ANTEILSBESITZ

Anteilsbesitz ab mind. 20 % an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital Ende 2011 in %	Eigenkapital 2010 in T€	Ergebnis 2010 in T€³
nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	71.500 ²	0 ¹
BREBAU GmbH, Bremen	48,8	44.547	4.793
LBS Landesbausparkasse Bremen AG, Bremen	25,0	37.081	2.366
nwu nordwest Unternehmensbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	30.000 ²	0 ¹
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0	6.020	60
nwi nordwest international Servicegesellschaft mbH, Bremen	100,0	1.000 ²	0 ¹
nwd nordwest-data Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	385 ²	0 ¹
nwb nordwest Beteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	147 ²	-2 ²
s mobile finanzberatung Gesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	125 ²	0 ¹
nwm nordwest-media Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	100 ²	0 ¹
KV Kapitalbeteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
S-Consult Hanseatische Unternehmensberatung-GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
Bremer Schoss Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Bremen	100,0	42 ²	0 ¹
nws nordwest-service & catering Gesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	25 ²	0 ¹

Anmerkungen:

¹ Mit diesen Gesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge

² Eigenkapital und Ergebnis 2011

³ Ausgewiesener Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag der betreffenden Unternehmung

Beteiligungen der Sparkasse Bremen AG an großen Kapitalgesellschaften sowie an Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen, die fünf vom Hundert der Stimmrechte überschreiten:

Name und Sitz der Gesellschaft

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %
BREBAU GmbH, Bremen	48,8
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0
Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	11,0
Bürgschaftsbank Bremen GmbH, Bremen	10,7
neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	8,0
neue leben Holding AG, Hamburg	7,8

Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, ist zu 100 % ein Tochterunternehmen der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen. Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, stellt einen Konzernabschluss auf, in den Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, einbezogen wird. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Gesamthonorar des gesetzlichen Abschlussprüfers

Im Aufwand des Geschäftsjahres sind 0,7 Mio. € für die Abschlussprüfung und 0,2 Mio. € für andere Bestätigungsleistungen enthalten.

ORGANE

AUFSICHTSRAT

Dipl.-Bw. Gerhard Harder,
Vorsitzender

Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler,
stv. Vorsitzender

Dipl.-Kfm. Holger U. Birkigt
(bis 25.05.2011)

Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann

Alexander Künzel

Dipl.-Kfm. Otto Lamotte

Janina Marahrens-Hashagen
(ab 25.05.2011)

Heiko Oerter

Hans-Joachim Schur

Volker Stange

Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG

Geschäftsführender Gesellschafter der NordCap GmbH & Co. KG

Geschäftsführender Gesellschafter der BIRKIGT INT'L CONSULTING & Media GmbH

Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE OILS GmbH

Geschäftsführende Gesellschafterin der H. Marahrens-Schilderwerk, Siebdruckerei,
Stempel GmbH

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Die den Aufsichtsratsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum
Bilanzstichtag mit 1,4 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für das Geschäftsjahr 2011 für
Ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat und in den Ausschüssen des Aufsichtsrates
0,2 Mio. € vergütet.

VORSTAND

Dr. rer. nat. Tim Nesemann

Joachim Döpp

Thomas Fürst

Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Vorsitzender des Vorstandes

Die den Vorstandsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum
Bilanzstichtag mit 0,1 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Vorstandes wurden 2,0 Mio. € vergütet, davon 1,5 Mio. € fixe
Bezüge und 0,5 Mio. € variable Bezüge.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene wurden 1,6 Mio. €
gezahlt; für diesen Personenkreis bestehen Pensionsverpflichtungen von 18,2 Mio. €.
In Ausübung des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird davon ein Be-
trag von 3,1 Mio. € bis spätestens zum 31.12.2024 angesammelt.

MANDATE

In gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften beziehungsweise in Aufsichtsgremien von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen nahmen folgende gesetzliche Vertreter oder andere Mitarbeiter der Sparkasse Mandate wahr:

—DR. TIM NESEMANN

BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT
– Aktiengesellschaft von 1877 –
DEUTSCHE FACTORING BANK
Deutsche Factoring GmbH & Co.
Freie Internationale Sparkasse S.A.
GEWOBA Aktiengesellschaft
Wohnen und Bauen
NRS Norddeutsche Retail-Service AG

AR (ab 01.04.2011)
AR (ab 01.07.2011)
AR, Vorsitzender
AR
AR

—THOMAS FÜRST

Bremer Toto-Lotto GmbH
Diakonische Behindertenhilfe
gemeinnützige GmbH
Freie Internationale Sparkasse S.A.
LBS Landesbausparkasse Bremen AG
neue leben Holding AG
neue leben Pensionskasse AG
neue leben Pensionsverwaltung AG
neue leben Unfallversicherung AG
Sparkassen Kreditpartner GmbH

AR
AR, Vorsitzender
AR
AR, stv. Vorsitzender
AR
AR
AR
AR
AR (ab 01.06.2011)

—JOACHIM DÖPP

Öffentliche Versicherung Bremen

AR, stv. Mitglied

—DR. HEIKO STAROßOM

BREBAU GmbH
Öffentliche Versicherung Bremen

AR, Vorsitzender (bis 03.04.2011)
AR, stv. Vorsitzender (ab 04.04.2011)
AR

—HOLM DIEZ

LBS Landesbausparkasse Bremen AG

AR

—NIELS RASMUSSEN

Wincor Nixdorf Portavis GmbH

AR (bis 30.09.2011)

— THORSTEN ROTH

Freie Internationale Sparkasse S.A.

AR

— BERNHARD RUSCHKE

Wincor Nixdorf Portavis GmbH

AR

(ab 02.12.2011)

**MITARBEITERINNEN
UND MITARBEITER**

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	950 ¹
Teilzeit- und Ultimokräfte	467 ¹
	1.417
Auszubildende	84
Insgesamt	1.501

¹ davon gewerbliche

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

– Vollzeitkräfte 0

– Teilzeit- und Ultimokräfte 58

Bremen, 6. März 2012

Die Sparkasse Bremen AG
Der Vorstand

Dr. Nesemann

Döpp

Fürst

Dr. Staroßom

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 23. April 2012

Prüfungsstelle des

**HANSEATISCHEN SPARKASSEN-
UND GIROVERBANDES**

Jacobs
Wirtschaftsprüferin

Seitz
Wirtschaftsprüferin

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen, wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und Geschäftspolitik sowie über die Geschäftsentwicklung und Lage der Die Sparkasse Bremen AG unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat sich daher von der stets ordnungsgemäßen Geschäftsführung des Vorstandes überzeugt. Er traf die ihm obliegenden Entscheidungen in turnusmäßigen Sitzungen oder im schriftlichen Verfahren. Zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und dem Vorsitzenden des Vorstandes fanden regelmäßig Besprechungen statt, in denen der Vorsitzende des Aufsichtsrates über die aktuelle Entwicklung des operativen Geschäftes informiert wurde und strategische Überlegungen diskutiert wurden.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. (1) Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer.

Der Aufsichtsrat trat 2011 zu fünf Sitzungen zusammen. Darüber hinaus wurde er mittels Quartalsberichten zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember 2011 durch den Vorstand zeitnah und umfassend über die Erfolgs- und Risikoentwicklung informiert. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat dauerhaft einen Präsidialausschuss und einen Kreditausschuss gebildet. Er hat sich regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse von deren Ausschussvorsitzenden berichten lassen.

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtsjahr einmal. Er behandelte in seiner turnusmäßigen Bilanzsitzung zur Vorbereitung der Sitzung des Aufsichtsrates insbesondere den Prüfungsbericht und Jahresabschluss 2010, den Corporate Governance Bericht 2010 einschließlich Entsprechenserklärung nach § 161 AktG sowie den Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2011 und überzeugte sich anhand der Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers davon, dass seinerseits keine Interessenkonflikte bestehen.

Der Kreditausschuss trat 2011 zu sieben Sitzungen zusammen. Darüber hinaus fasste er im Bedarfsfall Beschlüsse im fernmündlichen und / oder schriftlichen Verfahren. Neben den ihm zur Genehmigung vorgetragenen Kreditentscheidungen nahm er die Kreditrisikostategie der Sparkasse Bremen und die

regelmäßigen Kreditrisikoberichte zur Kenntnis.

Mit Beendigung der Hauptversammlung am 25. Mai 2011 schied Herr Holger U. Birkigt nach Ablauf seiner Amtszeit als Mitglied des Aufsichtsrates aus. Für eine Wiederwahl stand er aufgrund der nach Maßgabe des Corporate Governance Kodex vereinbarten Altersgrenze nicht mehr zur Verfügung. Wir danken Herrn Birkigt für sein konstruktives, verdienstvolles Wirken und für die zwanzigjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit in den Gremien der Sparkasse Bremen – zunächst als Mitglied des Verwaltungsrates des wirtschaftlichen Vereins und seit 2004 im Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft. Ihm folgt Frau Janina Marahrens-Hashagen, die neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates als von der Finanzholding der Sparkasse in Bremen entsandtes Mitglied in dieses Gremium einzieht. Die Hauptversammlung wählte darüber hinaus die Herren Joachim Clostermann, Alexander Künzel, Otto Lamotte und Klaus Ziegler für eine weitere Amtszeit. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter steht erst in 2012 an.

Die Vorschriften des Corporate Governance Kodex wurden beachtet, soweit nicht Vorstand und Aufsichtsrat im Einzelnen Abweichungen beschlossen und in der Entsprechenserklärung nach § 161 AktG offengelegt haben. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 28. November 2011 mit dem Umsetzungsstatus zum Deutschen Corporate Governance Kodex und bestätigte diesen formal.

Die von der Hauptversammlung am 25. Mai 2011 zum Abschlussprüfer gewählte Prüfungsstelle des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes, Hamburg, hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 unter Einbeziehung der Buchführung sowie den Lagebericht geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Bericht des Abschlussprüfers wurde dem zuständigen Präsidialausschuss zur Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung ausgehändigt, in der der Jahresabschluss behandelt wird. Der Abschlussprüfer hat an den Sitzungen des Präsidialausschusses am 23. April 2012 und des Aufsichtsrates am 25. April 2012 teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis seiner Prüfung entspricht vollständig dem Ergebnis der Abschlussprüfung. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 in seiner Sitzung am 25. April 2012 gebilligt und damit festgestellt. Ferner stimmte er dem Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns zu.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2011 vorgelegten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und den dazu erstatteten Prüfungsbericht des Abschlussprüfers geprüft.

Der Bericht des Abschlussprüfers enthält hierzu folgenden Bestätigungsvermerk:

»Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

- die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
- bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, nicht unangemessen hoch war.«

Beide Prüfungen haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung durch den Aufsichtsrat bestehen keine Einwendungen gegen die Schlusserklärung des Vorstandes zum Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren tatkräftigen Einsatz im Jahr 2011. Sein Dank gilt den Kundinnen und Kunden der Sparkasse für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bremen, 25. April 2012

Der Aufsichtsrat

Gerhard Harder
Vorsitzender des Aufsichtsrates



Die Sparkasse Bremen AG
Am Brill 1-3 | 28195 Bremen
Postfach 107880 | 28078 Bremen
Telefon (0421) 179-0
www.sparkasse-bremen.de | mail@sparkasse-bremen.de

